

Bezugspreis:
Vierteljährlich 12.- M., monatlich 10.- M., frei ins Haus, voraus zahlbar. Halb-
bezug: Monatlich 10.- M., einschlt. An-
stellungsgebühr Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Ostpreußen, Ost-
preußen und Pommern 20.- M., für
das übrige Ausland 25.- M. Post-
bestellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Wort und Welt“ der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Erziehung und Kriegerleben“
erscheint wöchentlich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.
Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Redaktion Morisplatz 15195-97
Expedition Morisplatz 11753-54

Sonnabend, den 3. September 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Ankeraten-
Abteilung Morisplatz 11753-54

Anzeigenpreis:
Die achtspaltigen Komparatortexte
kosten 150 M. „Kleines Anzeigen-
“ das festgedruckte Wort 150 M. (ge-
wöhnlich zwei festgedruckte Worte) jedes
weiteres Wort 1.- M. Stellengeld
und Schlußzeilenanzeigen das erste
Wort 1.- M., jedes weitere Wort
10 Hg. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Seite 2.- M.
Die Preise verstehen sich einschlt. d.
Leistungsaufschlag.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 8 Uhr nachmittags im
Hausgeschäft Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Schluß
von 9 Uhr früh bis 3 Uhr abends.

Lenkt Bayern ein?

München, 2. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Hier hat endlich die bayerische Regierung eingesehen, daß sie es nicht mehr wagen darf, das Deutsche Reich vor der ganzen Welt zu blamieren. Der „Miesbacher Anzeiger“ ist polizeilich beschlagnahmt worden. Fünfzehnhundert Exemplare der gestrigen Ausgabe wurden noch vorgefunden, sie wurden beschlagnahmt. Der Satz für die heutige Ausgabe, der fertiggestellt war, ist zerstört worden. Für die Dauer des Verbotes werden die Räume der Zeitung polizeilich überwacht.

Wie wir hören, soll gegen den „Miesbacher Anzeiger“ ein Verfahren wegen — groben Unfugs eingeleitet sein. Die Verordnung des Reichspräsidenten betont in ihrem § 3 einwandfrei deutlich: Wer eine nach § 1 verbotene Druckchrift herausgibt, verlegt, druckt oder verbreitet, wird mit Geldstrafe bis zu 500 000 Mark und mit Gefängnis oder mit einer dieser Strafen bestraft. Bei dieser Klarheit der Verordnung und des Tatbestandes nehmen wir an, daß es sich bei der uns gemeldeten Absicht des bayerischen Staatsanwalts um einen — groben Unfug handelt.

Die Kahr-Regierung mit den zwei Gesichtern.

Wir lesen im „Berliner Tageblatt“ folgende Fragen der demokratischen „Süddeutschen Presse“ an den bayerischen Ministerpräsidenten:

„Sind Herrn v. Kahr die Zusammenkünfte in Rosenheim bekannt? Weiß er, auf welche Weise die Herren Ehrhardt und Benossen die „Einreise“ nach Bayern bewirkten? Kennt er ihre Legitimationen?“ — Das demokratische Blatt, dem natürlich die Verantwortung für diese Meldung überlassen werden muß, teilt dazu weiter mit: „Zwischen der Kappistenzentrale in Salzburg und der „Orta“ in Rosenheim besteht eine innige Verbindung. Die bekannten Bussch-Offiziere, Kapitänleutnant Ehrhardt, Oberst Bauer, Major Bischof, Hauptmann Pfaff und andere sind stets bei den Sitzungen in Rosenheim anwesend. Sie können ja von Salzburg in zwei Schnellzugstunden hinüberfahren. Die letzte dieser Sitzungen fand am Sonnabend, 27. August, in Rosenheim statt, an der die genannten Offiziere alle teilnahmen, dazu der bekannte Oberst Eyslander, Herr Kanzler und Herren „von einer anderen Organisation“. Auch Ludendorff wurde erwartet. . . er war aber von seiner norddeutschen Propagandareise noch nicht wieder zurück. In dieser Sitzung in Rosenheim wurde mit Genugtuung von der Ermordung Erzbergers Kenntnis genommen und die Hoffnung ausgesprochen, daß die sozialistischen Arbeiterkreise in der Erregung über den Mord sich zu Gewalttaten hinreißen lassen und damit bewaffneten Hilfskräften Gelegenheit zum Einschreiten geben werden. Ob dieses Einschreiten zu einem Rechtsputsch genügen würde, wagt man noch nicht zu entscheiden.“

Wir sind auf die Antwort der bayerischen Regierung recht neugierig.

Verbot aller militärischen Feiern in Sachsen.

Das sächsische Ministerium des Innern hat die Polizeibehörden des Landes angewiesen, auf Grund von § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 bis auf weiteres alle militärisch-nationalistischen Veranstaltungen, insbesondere alle Regimentsfeiern, zu verbieten.

Bekanntnis zur Republik im besetzten Gebiet.

Köln, 2. September. (W.T.B.) Auf seiner Reise durch das rheinisch-westfälische Industriegebiet traf der Reichswirtschaftsminister Genosse Schmidt heute von Arefeld in Köln ein. In den Räumen der Handelskammer fand ein Empfang durch führende Vertreter der Industrie und des Handels, namentlich durch die Präsidenten der Handelskammer, des Vereins der Industriellen des Regierungsbezirks Köln und des Verbandes Kölner Großfirmen statt. In der Begrüßungsansprache sicherte der Handelskammerpräsident, Geheimrat Hagen, namens der Erschienenen dem Reichswirtschaftsminister der demokratisch-republikanischen Regierung die Unterstützung zu, in der Erwartung, daß die Reichsregierung die berechtigten und immer schwerer wahrzunehmenden Interessen der besetzten Gebiete nachdrücklich fördern und unterstützen würde.

Die Aussprache über Bayern.

In seiner Rede vor dem Überwachungsausschuss des Reichstags führte der Reichskanzler Dr. Wirth weiter aus: Der Weg, den wir zu gehen gedenken, ist der Weg der Verhandlung, und wenn wir unsere Verhandlungen herausgeben müßten, ohne die Länderregierungen vorher benachrichtigen zu können, so sei das ein

Als der Notwehr

der Reichsregierung gewesen, um Schlimmeres zu verhindern. Es geht ein fürchtbares Grollen durch das arbeitende Deutschland, und diese Spannung darf nicht mehr vergrößert werden. Er möchte nicht den Tag erleben, an dem der Kampf unter dem Schlächtruf: „Hier Proletariat — hier Bürgertum!“ anhebt. In diesem Falle siehe er auf der Seite des Proletariats! Im übrigen will die Reichsregierung abwarten, wie sich die bayerische christliche Arbeiterschaft einstellen werde. Die Reichsregierung habe niemals die Absicht, die Länderregierungen auszuwechseln. Es mußte aber rasch gehandelt werden, und er habe die Überzeugung, daß die letzten gewaltigen Demonstrationen einen anderen Verlauf genommen hätten, wenn die Arbeiter aller Richtungen nicht die Überzeugung gewonnen hätten, daß die Reichsregierung

Verfassung und Republik schützen

will. Er betone nochmals, daß zu einem Konflikt mit Bayern kein

Anlaß vorliege, daß man im Wege der Verhandlung zu Entspannung gekommen wäre. Das Ziel sei die Rettung des Volkes und des Reichs.

Inzwischen ist ein Antrag eingegangen, der Ausschuss wolle beschließen, die Reichsregierung aufzufordern, den Reichspräsidenten zu veranlassen, gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern zu verlangen.

Abg. Dr. Kahl (D. Sp.) erklärt seine volle Zustimmung zu jeder verfassungsmäßigen Aktion der Reichsregierung zum Schutze der Verfassung. Wörtlich sagt er: „Wir stehen treu auf dem Boden der republikanischen Reichsverfassung wie sie ist und werden sie schützen!“ Die Methode des „Miesbacher Anzeigers“ lehnt Kahl ab. Jedoch verlangt er, daß bei Anwendung der Verordnung gegenüber der Presse gleiches Recht nach rechts und links gelte. Das Verbot des „Miesbacher Anzeigers“ wegen Uebernahme eines Artikels des „Miesbacher Anzeigers“ sei nicht gerechtfertigt, denn die Uebernahme sei nicht im Sinne der Aufhebung erfolgt. Er verwahre sich ganz entschieden dagegen, daß unter dem allgemeinen Titel „Rechtsparteien“ die Deutsche Volkspartei mit zu verstehen ist. Im übrigen sei zu prüfen, ob dieser Ausschuss überhaupt zuständig sei, die Sache zu diskutieren und entsprechende Beschlüsse zu fassen. Sachlich ist erwünscht, im kleinen Kreise die uns bewegenden Dinge zu besprechen, doch die Rechtsfrage müsse aufgestellt werden. Die Verfassung gibt dem Ausschuss keine Handhabe, dem Plenum vorzugreifen, denn der Überwachungsausschuss sei nicht dazu da, alle Sorgen der Regierung zum Gegenstand der Erörterung zu machen und entsprechende Initiativen zu entwerfen. Den Wunsch nach Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern teile er materiell nicht, er sei aber verständlich. Schließlich erklärt Abg. Kahl, daß auch nach seiner Ansicht der „Miesbacher Anzeiger“ verboten werden müsse. Er verwahre sich ferner dagegen, daß der „Vorwärts“ leichsinzigerweise die Deutsche Volkspartei als Rechtspartei bezeichne, die die Verfassung schützen will.

Der Reichskanzler Dr. Wirth empfiehlt dem Abg. Kahl, auf die „Tägliche Rundschau“ einzuwirken, daß sie die Art ihrer Schreibweise ändere und auch Angriffe gegen die Hoheitszeichen der Republik in Formeln fesse, die noch erträglich seien.

Offo Braun (Soz.): Die Erklärung des Abgeordneten Kahl, daß er treu auf dem Boden der Reichsverfassung stehe, ist sehr erfreulich. Politisch wäre es von größerem Wert, wenn der Abgeordnete Stresemann für die Deutsche Volkspartei diese Erklärung wiederholen würde. Noch wertvoller wäre es, wenn die Führer der Deutschen Volkspartei dafür sorgen würden, daß dieses Treuegelöbnis für die republikanische Reichsverfassung sich auch in der Presse und in den Versammlungen ihrer Partei auswirken würde. Daß die Volkspartei nicht zu den Rechtsparteien gerechnet werden will, ist neu. Herr Hergt hat gestern noch auf dem Parteitag der Deutschnationalen in München die Deutsche Volkspartei für die Rechtsparteien in Anspruch genommen.

Die Stellungnahme des Vertreters der bayerischen Regierung läßt erkennen, daß diese die Verhältnisse völlig verkennt, wenn er meint, es seien keine neuen Momente eingetreten, die die Aufhebung des Ausnahmezustandes rechtfertigen. Tatsächlich ist der

Ausnahmezustand in Bayern längst verfassungswidrig.

da die Momente, die zu seiner Einführung beitragen längst fortgefallen sind. Wenn jetzt die Teuerung und die Aufregung der Volksmassen gegen diese zur Rechtfertigung der Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes angeführt werden, so ist das völlig obwegig. Da die Teuerung außerhalb Bayerns noch größer ist, müßte im ganzen Reiche der Ausnahmezustand verhängt werden. Wenn sich aus der Teuerung eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit ergibt, so muß die Teuerung und nicht die, die gegen die Teuerung waren, bekämpft werden. Die Behauptung des bayerischen Vertreters, daß der Ausnahmezustand in Bayern nicht einseitig gehandhabt werde, entspricht nicht den Tatsachen, wie jeder Zeit durch Tatsachen bewiesen werden kann. Der Reichskanzler hat festgestellt, daß

in Bayern mit zweierlei Maß gemessen

werde. Wenn der bayerische Vertreter die Verantwortung für die Schimpfartikels des „Miesbacher Anzeigers“ ablehnt, so muß man die Frage aufwerfen, warum die bayerische Regierung gegen dieses Blatt, das an Ansehen nicht zu überbieten ist, nicht längst einschritt. Tatsächlich ist der „Miesbacher Anzeiger“ die vollständige Ausgabe der „Bayerischen Staatszeitung“. Welch letztere im Ton wohl etwas vornehmer, im eigentlichen Wesen aber auch die Billigung der abscheulichen Ermordung Erzbergers bewiesen. Entscheidend ist nunmehr, ob die bayerische Regierung bereit ist, die Verordnungen der Reichsregierung durchzuführen. Darauf muß der bayerische Vertreter klipp und klar Antwort geben. Weitere Verhandlungen mit der bayerischen Regierung zu pflegen hat wenig Zweck, wir werden daher dem Antrage zustimmen, der an den Reichspräsidenten die Forderung stellt, von der bayerischen Regierung die schleunige Aufhebung des Ausnahmezustandes zu verlangen. Die Verordnung des Reichspräsidenten kann nur ein vorübergehender Notbehelf sein. Die Reichsregierung muß schleunigst dem Reichstage gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der Republik zur Beschlußfassung unterbreiten.

Von den bürgerlichen Parteien wurde ein Antrag eingebracht, die Verhandlungen mit Bayern wegen Aufhebung des Belagerungszustandes fortzusetzen.

Montag Weiterberatung.

Wulle möchte heken.

Wie uns mitgeteilt wird, hat Herr Reich. Wulle für seinen „Deutschen Herold“, SW. 11, 10 000 Eintrittskarten für eine demnächst im „Sportpalast“ stattfindende „Heerschau Schwarz-weißrot“ drucken lassen. Hat er zu dieser „republikanischen“ Feiern die Genehmigung bekommen oder möchte er hinterherum eine Kontrollversammlung abhalten?

In gespannter Lage.

Die Erregung der Arbeitermassen über die nationalistischen Provokationen und Mordtaten dauert ungeschwächt an. Die Rechtspresse sucht die Bewegung jetzt durch sensationelle Meldungen über „Gewalttaten“ in Mißkredit zu bringen. Ziehen wir ihre üblichen Uebertreibungen ab, so bleiben nur Gewalttaten relativ harmloser Natur übrig. In einer Reihe von Städten, wie Ludwigshafen, Heidelberg, Weimar, hat die Menge in den Amtsgebäuden Kaiserbilder und -büsten, monarchische Inschriften usw. zerstört, beseitigt bzw. überpinselt. Diese „Gewalttätigkeiten“ hätten wirklich auf die leichteste Art verhindert werden können, indem nämlich die betreffenden Amtsstellen rechtzeitig und von sich aus die Entfernung der monarchischen Symbole vorgenommen hätten. Zeit genug haben sie wirklich gehabt, beinahe drei Jahre. Wir möchten nur wünschen, daß die Vorfälle den Behörden zur Warnung dienen, bei denen sich etwa ähnliches ereignen könnte. Wir sind gewiß keine Freunde gewalttätigen Vorgehens, aber noch weniger sind wir Freunde davon, daß die Massen zu solchem Vorgehen unnötig provoziert werden. Die Vorfälle sollten jedenfalls eine Mahnung an die Reichs- und Landesbehörden sein, durch rücksichtslose Entfernung des gesamten monarchischen Hofsputus aus öffentlichen Gebäuden wenigstens diesen Jügendstoff aus der Welt zu schaffen. Gerade die Parteien, die immer von der Notwendigkeit des inneren Friedens reden, sollten am energischsten diese Forderung unterstützen.

Die Deutsche Volkspartei hat gestern im Reichstagsauschuss ein Bekenntnis zur Verfassungstreue abgelegt. Das Bekenntnis entstammte dem Mund des Herrn Professors Kahl. Die Volkspartei hör ich wohl. . . aber gerade der Mund, aus dem sie kam, hat sie verdächtig gemacht. Professor Kahl war es, der auf dem ersten Parteitag der Deutschen Volkspartei in den starken Brülltönen, über die er reichlich verfügt, das Bekenntnis zur Monarchie ablegte, und es ist noch gar nicht lange her, daß ein gewisser Dr. Stresemann in Göttingen gesagt hat: „Ich bin Monarchist aus Herz und Verstand.“ Die Deutsche Volkspartei hat am 13. März 1920 einen Aufruf erlassen, in dem die Regierung Kapp als „die neue Regierung“ anerkannt wurde. Die Partei des Herrn Stresemann hat es sich durch ihre widerspruchsvolle Politik selber zuzuschreiben, wenn man in ihre Loyalitätserklärungen, mögen sie auch noch so emphatisch vorgetragen werden, berechtigtes Mißtrauen setzt. Ihre jetzigen Beteuerungen sehen verzweifelt danach aus, daß die Herren gerne den Anschluß an die Regierung, wenn nicht im Reich, so doch mindestens in Preußen erreichen wollen. Wir können daher die jetzigen Bekenntnisse nur als zweckfördernde Mittel werten, die einer bestimmten Situation entspringen. Herr Professor Kahl hat besonders gegen den „Vorwärts“ polemisiert, weil dieser die Volkspartei zu den Rechtsparteien rechnet, die an der Ermordung Erzbergers moralisch mitschuldig sind. Herr Kahl möge sich nur in Ruhe durchlesen, was gewisse fünfzigprozentige Blätter geschrieben haben. Solange die hohe Pöbelgemeinschaft zwischen Deutschnationaler und Deutscher Volkspartei besteht, wird man die innere Verwandtschaft beider Parteien wohl nicht ernsthaft bezweifeln können.

In der bayerischen Krise ist eine kleine Entspannung insofern eingetreten, als wenigstens die offene Verböschung des Reichsrechts von der bayerischen Regierung nicht mehr geduldet wird. Der „Miesbacher Anzeiger“ ist am Erscheinen gehindert worden. Zu übermäßigem Optimismus ist indessen kein Anlaß, was reaktionär in Deutschland ist, schart sich um die Regierung Kahr. Es besteht nach wie vor kein Zweifel, daß sie das Zentrum der Widerstände gegen die republikanischen Anordnungen der Reichsregierung bilden wird.

Ueber die preussische Regierungsfrage wird viel und unnützes Zeug geredet. Fast alle Meldungen der bürgerlichen Presse über Umbildung der Regierung Stegerwald eilen den Tatsachen weit voran. Offizielle Verhandlungen haben überhaupt noch nicht stattgefunden, allenfalls eine erste Fühlungnahme zwischen führenden Persönlichkeiten der beteiligten Parteien zwecks Herbeiführung von Verhandlungen. Besonders getadelt werden muß die Art, wie die „Kote Fahne“ kritische Meldungen der Sensationspresse übernimmt, um auf diese Weise Erregung in die Arbeiterschaft hineinzutragen. Ein Vormittagsblatt hatte behauptet, daß Stresemann mit dem Reichspräsidenten und Reichskanzler Verhandlungen zwecks Eintritts der Deutschen Volkspartei in die Reichsregierung geführt habe. Diese wenig zuverlässige Quelle genügt der „Koten Fahne“, um die heftigsten Angriffe gegen die Sozialdemokratie zu richten. Mittlerweile stellte sich heraus, daß die angebliche Bepfischung gar nicht stattgefunden hat. Die ganze Erregung war also umsonst, die „Kote Fahne“ hat eine Sensationsmeldung für bare Münze genommen, deren Charakter sie leicht hätte durchschauen können, wenn sie nicht von vornherein

darauf eingestellt wäre, bestimmungslos alles zu glauben, was sich gegen die Sozialdemokratie ausschlagen läßt. Unsere Stellung gegenüber der Deutschen Volkspartei haben wir gestern bereits so klar gekennzeichnet, daß wir es hier nicht noch einmal zu wiederholen brauchen.

Presse und Pressefreiheit.

Der Reichsverband der deutschen Presse protestiert.

Der Vorstand des Bezirksverbands Berlin des Reichsverbandes hat einen Beschluß gefaßt, „getreu der Stellungnahme, die die Organisations der deutschen Presse seit 1918 eingenommen haben“, scharf Einspruch gegen die neue Verordnung des Reichspräsidenten zu erheben. Besonders das Verbot des „Berliner Lokal-Anzeigers“ hat es den Herren angefallen.

In diesem Zusammenhang ist es beachtenswert, daß eben der Schriftsteller Robert Breuer aus dem Reichsverband ausgestiegen ist. Er schreibt dazu:

Ich begründe meinen Austritt mit dem journalistischen Verhalten des derzeitigen ersten Vorsitzenden des Verbandes, des Herrn Dr. Rippler, anlässlich der Ermordung Erzbergers.

Der Reichsverband ist eine Berufsorganisation, deren Wirksamkeit jedermann, unbekümmert um dessen politische Stellung, zu gute kommen soll. Das heißt voraus, daß die Mitglieder, welcher Partei sie auch angehören mögen, gleichmäßige Achtung und Fürsorge im besonderen durch den ersten Vorsitzenden erfahren, und daß sie solcher Wirksamkeit auch gewiß sein können.

Nachdem Herr Dr. Rippler in einem in der „Täglichen Rundschau“ veröffentlichten Artikel eine ganze Gattung von Mitgliedern und nicht nur die Angehörigen einer Partei, sondern die Vertreter einer Gesinnung allgemeingültig als „Presse- und Journalisten“ infaemiert hat, kann ich solcher Gemisheit nicht mehr sein.

Herr Rippler hat ganz gewiß, wie jedes Mitglied des Verbandes das unerschütterbare Recht politischer Meinungsäußerung; es steht ihm als dem Inhaber des höchsten von der Kollegenschaft zu vergebenden Ehrenamtes aber nicht zu, einer ganzen Gruppe von Mitgliedern bewußt das Stigma einer Berufsauffassung zweiten Grades aufzudrücken und solche Aussonderung durch einen rohen Hinweis auf die hinlänglich bekannte „Blutverwandtschaft“ noch zu verschärfen.

Solch Verfahren des Herrn Dr. Rippler verstößt überdies so sehr gegen den journalistischen Stand, dessen Wahrung zu den Hauptaufgaben des Reichsverbandes gehört, daß mir auch insofern die Vorstandsführung des Herrn Dr. Rippler keine genügende Gewähr für die Durchführung der Grundsätze des Reichsverbandes gibt.

Wir können dazu nur noch bemerken, daß es uns nicht erinnerlich ist, daß der Reichsverband der deutschen Presse „stets“ gegen die Unterdrückung der Pressefreiheit eingetreten sei. Dazu war wohl das Verbot des „Lokal-Anzeigers“ ein größerer Anreiz, als andere Gelegenheiten.

Der „Lokal-Anzeiger“ erscheint wieder?

Berlin, 2. September. (W.B.) Wie wir hören, ist das Verbot des „Berliner Lokal-Anzeigers“ und des „Tag“ aufgehoben worden.

Ein neues Zeitungsverbot.

Die „Halle'sche Zeitung“ ist gestern nachmittag für die Dauer von 14 Tagen verboten worden, weil sie einen Auszug eines Artikels aus dem widerrechtlich erschienenen „Nicolbacher Anzeiger“ gebracht hatte.

Eine Erläuterung zur Uniform-Verordnung.

Das Reichliche Telegraphenbureau meldet amtlich: Bis zum Erlass der Ausführungsbestimmungen gemäß § 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. August 1921 über das Verbot des Uniformtragens hat der Reichsminister mit sofortiger Wirkung die Erlaubnis zum Tragen der Uniform bei Leichenbegängnissen von Kameraden erteilt.

Ein Flug ins hungernde Rußland.

Während die Hilfsaktion für Rußland durch die Sowjetregierung selbst in Frage gestellt wird, steigt das Elend in Rußland von Tag zu Tag. Erschütternde Bilder von diesen grausigen Zuständen entwirft der Flugberichterstatter der „Daily News“ Major W. L. Blate, der nach einer aufregenden Flugreise die Gebiete an der russisch-polnischen Grenze besucht hat, wo sich die Ströme der nach Westen flutenden hungernden Bauernmassen anstauen.

„Meine Reise nach Rußland“, schreibt er, „hat mir unaussprechbare Eindrücke von dem Brauen dieser hungernden Millionen vermittelt. Hunderte von tragischen Bildern zuden durch mein Hirn, eine unendliche Zahl von Gefühlen des Schauders, des Mitleids, der Verzweiflung haben mich beim Anblick dieses gigantischen Schreckensbildes durchwühlt. Ich will nur einige charakteristische Einzelheiten mitteilen, die eine schwache Ahnung von der ungeheuren Tragödie geben. Die Flüchtlingsströme in einem mächtigen Strom von Osten nach Westen; es ist ein herzzersehndes Bild eines sterbenden Menschheit, die vor dem Weheln des Hungers und des Todes flieht und auf dem Wege zusammenbricht, um sich niemals wieder zu erheben. Nur den Ostdächern ist gestattet, Rußland zu verlassen. Dieser strenge Befehl hat fetsame und furchtbare Folgen. Die Bauern verbrennen absichtlich ihre Häuser, um dadurch zu Ostdächern zu werden. Flüge von Winst in Rußland bringen Tausende von hungernden Flüchtlingsen über die Grenze. Es ist ein erbärmlicher Anblick, diese Waggonsladungen von abgemagerten Skeletten und zerlumpte Unglücklichen zu sehen, die nach Waranowitschi, dem Hauptaufsuchsort in Polen, gelangen. Viele sind geradezu nackt und so schwach, daß sie aus den Wägen herausstürzen und zusammenbrechen. Gruppen stehen zusammen, um sich gegenseitig das Ungeziefer abzusuchen. Viele Kinder sind nur noch eine Masse von Schmutz und Lumpen. Die Augen sind verblüdet, und Fliegen sitzen in Schwärmen auf ihnen. Der ganze Ort ist erfüllt von dem Gestank verfaulender Menschen. Irgendwelche Hygiene ist nicht vorhanden.“

Niemals habe ich einen so unbeschreiblichen Schmutz gesehen, niemals Menschen, die auf einer so tiefen Kulturstufe zu stehen scheinen. Sie erinnern mich an die Menschen der Steinzeit. Der Zusammenbruch der Zivilisation wirft sie in eine so ferne Vergangenheit zurück. Sie haben sich fetsame Hüften aus grünen Zweigen zurechtgemacht, sie leben in den Unterirdischen der alten Schächtergruben, in denen einst Deutsche und Russen gegeneinander kämpften.

In Winst, einer der Hauptstädte des „weißen Rußland“, fand ich die Verhältnisse nicht besser. Männer und Frauen, von der Ruhr vollkommen entkräftet, lagen unter Haufen von Lumpen, zu schwach, um ihre am lebendigen Leibe faulenden Glieder zu heben. Zur Erhöhung des Unglücks ist der größere Teil der Stadt niedergebrannt,

Die Mörder Erzbergers.

Auf der Spur der Verbrecher.

Offenburg, 2. September. (W.B.) Die Staatsanwaltschaft hat über die Mörder Erzbergers festgestellt, daß sie vom 21. August bis zum Nordtag (26. August) im Gasthaus „Zum Hirschen“ in Oppenau unter den falschen Namen Franz Kiese, Stud. jur. aus Düsseldorf und Knut Bergen, Stud. phil. aus Jena logiert haben und am 26. August mit dem um 6,45 Uhr abends von Oppenau abgehenden Zug mit einer Fahrkarte 4. Klasse nach Offenburg abgereist sind.

v. Hirschfeld bleibt in Haft.

In der Sache des an dem Reichsminister a. D. Erzberger verübten Mordes hat das Amtsgericht Obergirch in Baden auf Antrag der Staatsanwaltschaft in Offenburg Haftbefehl gegen Olwig von Hirschfeld erlassen. Zugleich hat das Amtsgericht Obergirch das Berliner Polizeipräsidium ersucht, den hier in Haft befindlichen von Hirschfeld dem Amtsgefängnis Obergirch zuzuführen. Diefem Ersuchen ist am gestrigen Abend entsprochen worden.

Die „republikanische“ Postverwaltung.

Aus dem Reiche der Beschwerden, die uns von Arbeitnehmern über die Verhinderung an der Demonstration zugehen, seien noch folgende erwähnt:

Ein Postbedienter verhandelt der Betriebsrat mit dem Amtsleiter über den Wunsch des Personals, den Betrieb am Mittwoch von 4 bis 6 Uhr ruhen zu lassen. Der Betriebsrat wurde zunächst befragt, um was für eine Demonstration es sich denn eigentlich handele. Der Betriebsrat gab die nötige Aufklärung, worauf ihm gelangt wurde, daß sei ja eine politische Sache. Er als Amtsleiter sei zur Überwachung des Dienstes da und mit Politik befaßt er sich nicht. Er gebe keine Einwilligung zu dem Verlangen auf keinen Fall. Auf den Einwand, daß es sich um eine Kundgebung zugunsten der republikanischen Regierung handle, entgegnete der Herr, das sei ihm ganz gleich. Er wurde nun daran erinnert, daß Beurlaubungen bei der Beerdigung der Exaltierten erfolgen, worauf der Herr Amtsleiter sagte: „Das ist doch etwas anderes, ob man zur Beerdigung eines Menschen geht oder zu einer politischen Demonstration.“ Uebrigens habe der Amtsleiter von den damaligen Beurlaubungen keine Kenntnis gehabt, sondern die Stellenvorsteher hätten die Erlaubnis dazu gegeben. Die Frage des Betriebsrats, ob heute die Stellenvorsteher dieselbe Befugnis hätten, wurde zu erteilen, wurde bejaht — mit der Einschränkung, daß in jeder Stelle drei bis vier Mann beurlaubt werden könnten.

Trotz alledem fanden sich 200 Mann zur Demonstration ein, während von den 600 Sekretären und Direktoren kein einziger dabei war. Auch der famose Beamtenschaftsausschuss, der sich stets „auf den Boden der Tatsachen“ stellt, blieb unsichtbar.

Den Angestellten und Arbeitern aber, die jederzeit für die Republik eintreten, drohen Entlassungen.

Die Lohnfrage in der Stadt Berlin.

Die Funktionäre der am Vohartell beteiligten Verbände der vereinigten jüdischen Arbeiter und Angestellten nahmen gestern in übervoller Versammlung zu den letzten Zuständen des Magistrats Stellung, die Stundenzulagen von 80 Pfennig für die männlichen Personen und von 60 Pfennig für die weiblichen Personen zusicherten. Auf Empfehlung von Vohartell und Tarifkommission wurde von der Versammlung einstimmig das Zuständnis für ungenügend erklärt und deshalb abgelehnt und mit überwältigender Majorität beschlossen, die Organisationen zu ersuchen, schnellstens den Schlichtungsausschuss Groß-Berlin anzurufen. Ferner wurde einstimmig einer von der Volksversammlung der Elektrizitätsarbeiter angenommenen Resolution zugestimmt, in welcher es unter anderem heißt: „Tarifkommission und die in Frage kommenden Gewerkschaften sollen an den Forderungen festhalten. Sollte sich der Magistrat weigern, den berechtigten Forderungen zuzustimmen, sind die Kollegen gezwungen, zu den äußersten Mitteln zu greifen, damit die Verhandlungen nicht unnötig verschleppt werden. Bis zur endgültigen Entscheidung wird eine Frist bis zum 8. September gestellt. Inzwischen soll der Schlichtungsausschuss seinen Spruch fällen. Ferner werden die sozialistischen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung ersucht, jedweder Tarifierhöhung für Gas, Elektrizität, Wasser und Straßenbahn nicht zuzustimmen. Es muß die besitzende Klasse schärfer belastet werden.“

und außer den Flüchtlingsen sind noch weitere 10 000 Menschen obdachlos. Von der Spitze der Hauptkirche, die am Rande des verbrannten Teiles steht, hat man das Bild eines riesigen Kirchhofs, dessen Trümmer das Grab Unzähliger werden. Die amerikanische Hilfs-Gesellschaft ist diesem Elend gegenüber machtlos. Die Leute sterben wie die Fliegen, wobei Hunger die Hauptursache ist. Die Bauern, die noch an Ort und Stelle geblieben sind, stehen vor der düstern Wahl, ob sie ihre geringe Ernte zur Saat verwenden oder den Winter über hungern wollen, oder ob sie das bishigen Getreide aufessen, um dann einem um so sichereren Hungerdod entgegenzugehen. Von Winst bis Wilna und von Winst süßlich bis zum Dnjepr entlang werden die alten deutschen und russischen Schächtergruben von den hungernden Bauern bewohnt. Skelette von Pferden liegen vermischt mit denen von Menschen; Hunde und Vögel fressen die Knochen ab und bleiben in Schwärmen an den Stätten, ein Zeichen, daß sie neue Nahrung erwarten. Je weiter man östlich kommt, desto schlimmer wird die Hungersnot. Im Winter werden die hungernden nicht mehr die Grenze überschreiten können, dann werden sie in ihren Dörfern ersticken.“

Das jüdische Künstlertheater in der Kommandantenstraße wurde mit einem Stück „Die puste Kreische“ (Die verlassene Schenke) von Perez Hirschfeld eröffnet. Eigentlich eine alte — nicht-jüdische, nur menschliche Alltagskomödie mit etwas Symbolik und Wespenfliegen. Dargestellt von wirklich hervorragenden Künstlern, die einer großen europäischen Bühne alle Ehre machen würden, verfehlte das Stück nicht seine Wirkung. Ungewöhnlicher Applaus setzte nach jedem Akt im dichtbesetzten Hause ein.

Es ist eine Ironie des Schicksals, daß gerade auf dieser Bühne, wo der „Berliner Jude“ an den lächerlichen Geschmackslosigkeiten der seligen Gebrüder Herrnsfeld sich zu ergötzen pflegte, ein großes, zum Teil auch „echt germanisches“ Publikum wirklich gute jüdische Kunst zu genießen bekommt.

Bei dieser Gelegenheit kam es so recht zum Bewußtsein, wie schnell und ausgezeichnet sich das jüdische Theater entwickelt hat, das schon in Rußland, Amerika und England ausgezeichnete schauspielerische und literarische Kräfte besitzt. Die Dramatiker Perez, Gordon, Winst und Kobern haben Werke geschaffen, die literarische Bedeutung haben. In dieser „jüdischen Sprache“ (die von dem deutschen Besucher wirklich nicht ganz verstanden werden konnte), die altes deutsches Sprachgut aus dem Mittelalter mit Hebräisch und Slawisch mischt und für ungefähr acht Millionen Menschen immer noch die Mutter- und Verkehrssprache bildet, sind Werke entstanden, auf die man eigentlich immer wieder aufmerksam machen muß.

Es ist in erster Linie das Verdienst des Berliner Rechtsanwalts Gronemann, die jüdische Künstlergruppe aus Rußland hierher gebracht zu haben, deren Darbietungen die Leistungen der jüdischen Kammertheater in Wien weit übertreffen haben.

Das Stück: Ein Dorfjude verheiratet seine Tochter mit einem jungen Mann, den er für sie auserkoren hat. Dem Cousin der

Volksparteiliche Beamtenfreundlichkeit.

Nachdem die mühevollen und ergebnisreichen Verhandlungen der Spitzenorganisationen mit den Regierungsvertretern in der Hauptsache beendet sind, kommt die Deutsche Volkspartei mit ihrer Arbeitsgemeinschaft Groß-Berlin hinterher, um Stimmung unter den Beamten für sich zu machen. Als Einleitung zu einem Reichs-beamtentag ihrer Partei am heutigen Tage hatte sie zu gestern eine Versammlung nach der Philharmonie einberufen mit der Tagesordnung: „Die Not der Beamten“.

Landtagsabgeordneter v. Egnern bezog sich auf eine Bemerkung im „Vorwärts“, indem er sagte, er kenne keinen Beamten, der sich so erniedrigte, die Republik öffentlich oder heimlich zu beschimpfen. Der es tue, gehöre nicht in das Beamtentum hinein. („Sehr richtig!“ wurde gerufen, und auch wir sagten: „Sehr richtig!“ Red. d. „Vorw.“)

Nicht richtig aber sei, die Bevölkerung als Richter über die Beamten einzusetzen und sie (Was? Die Bevölkerung oder die Beamten?) zum Widerstand gegen die Staatsgewalt aufzufordern. — Dunkel ist der Rede Sinn. Reichstagsabgeordneter Beuermann sprach dann über wirtschaftliche Fragen des Beamtentums. Er wandte sich gegen die politische Durchsetzung der Beamtenschaft, gegen das Hineinschieben festungsbauartiger Parteiführer und gegen die schändliche Gesinnungsriechelei. Die Volksbeauftragten hätten den Beamten Verpflichtungen gemacht, die bis zum Frühjahr 1920 unerfüllt geblieben wären. (Warum und weshalb, das schreit Herr Beuermann dabei zu erwähnen vergessen zu haben.) Durch die erfolglose Befoldungsreform sei die Beamtenschaft zum Interproletariat geworden. Es gäbe keinen Stand im Staatleben, der in seiner wirtschaftlichen Existenz so sehr gefährdet sei wie die Beamtenschaft. (Es gibt nach diesen Ausführungen offenbar keine zweite Partei, die die Demagogie so weit treibt, wie die Agitatoren dieser „Volkspartei“.)

Der Redner klagte dann, daß die jetzige Aktion zur Regelung der Beamtengehälter nicht richtig eingeleitet sei, der Vorstand des Beamtentums habe den Beamtenschaftsausschuss nicht hinzugezogen, seine Haltung sei derart gewesen, daß man den Beamten die Zweifel an der neutralen Führung dieser Organisation (die Herr Beuermann in die Debatte bringt) nicht verdenken könne. Wenn der Deutsche Beamtenschaft wirklich neutral sein wolle, dann hätte er auch zu der Ermordung Erzbergers schweigen müssen. Nach Beendigung der jetzigen Befoldungsverhandlungen müßte ein neues Befoldungsgeheim ausgehandelt werden, worin das Friedensgehalt in die jetzige Währung umzurechnen sei als Grundgehalt. Der „lebhafteste Beifall“ für diese Stangeleistung ist begrifflich.

Meyer-Herford sagte die Forderungen der Beamten dahin zusammen, daß das Staatsinteresse die Erhaltung des Berufsbeamtentums gebiete, daß es Staatspflicht sei, den Beamten die Sicherheit der Stellung, die Fürsorge für das Alter und die ausreichende Befoldung zu geben.

Die Volkspartei hat ihr gutes Herz für die Beamten reichlich spät entdeckt, so spät, daß man auch in Beamtentreffen ihrer plötzliche so aufdringliche Freundschaft ziemlich skeptisch gegenübersteht.

Der Ständige Ausschuss des Preussischen Landtages beschäftigte sich am Freitag mit der Frage der Zubilligung von Leutenungszulagen an Beamte auf Grund der Vorlage, die dem Reichsrat zugegangen ist. Danach sollen für die preussischen Beamten 1100 Millionen Mark verwendet werden. Der Ausschuss bedauert, daß Preußen an den Verhandlungen des Reichs mit den Beamten nicht hinzugezogen worden ist. Die Vorlage wird unverändert angenommen unter Ablehnung eines Zentrumsantrages, die evangelischen und katholischen Geistlichen in die Vorlage miteinzubeziehen. — Allgemein wurde verlangt, daß diese Aufbesserungen bis zum Zusammentritt des Landtages ausgeführt sein sollen, wobei von verschiedenen Rednern Klagen der Beamten vorgebracht wurden, daß ihnen die Gehaltsaufbesserungen der Befoldungsordnung vom 17. Dezember vorigen Jahres immer noch nicht zugeute gekommen sind.

Aus dem Stargarder Internierungslager entlassen. Am 8. August war halbamtlich mitgeteilt worden, daß der bekannte russische Musikprofessor Koseberg d'Arguto infolge einer Zuschick, die er an die „Rote Fahne“ gesandt hatte, festgenommen und, weil er den Wehrdienstverpflichtungen für Ausländer nicht genügt hätte, bis zu seiner Ausweisung ins Internierungslager Stargard verbracht worden sei. Herr Prof. Koseberg d'Arguto blüht mitzuteilen, daß die Behauptung, er sei nicht gemeldet gewesen, sich als irrig herausgestellt und daß er aus dem Internierungslager wieder entlassen worden ist. Auch der Ausweisungsbefehl ist zurückgenommen worden, und Prof. Koseberg d'Arguto hat seine künstlerische Tätigkeit in Berlin wieder aufgenommen.

Bräut gelingt es, die Braut, die er liebt und von der er geliebt wird, während eines eglarischen Tanzes am Hochzeitstage unbemerkt in einen Wald zu entführen, wo ein Kampf starker Leidenschaft anhebt und alle starken erwüchsigten Gefühle zweier Unglücklichen zum Ausdruck kommen.

Unter den Darstellern zeichnen sich besonders Herr Schuler, der den Vater gab, Frau Blumenthal (die Frau) und die Herren Bellaffo und Asto aus, die alle starke schauspielerische Wucht besaßen.

Die Königin der Nacht im Neuen Operetten-Theater. Alle gegenwärtigen Operetten tragen weibliche Namen als Motto: „American Girl“, „Bräut des Duellino“, „Räuber“, „Strohweib“, „Frau im Hermelin“ usw. Das ist recht so; denn nur aus dem Temperament der Frau, aus ihren Kostümen und ihrer Tanzleidenschaft wächst dem Komponisten seine Kunst leicht zu. Die „Strohweib“ ist jetzt an die Komische Oper übergesiedelt und wirkt sich auch mit der reizenden Gattin Beuz als beste, zugkräftigste komische Oper aus.

Zur „Königin der Nacht“, die ihr Bild im Neuen Operetten-Theater leuchtet läßt, haben Arnold und Bach, die lustigen Väter der „Spanischen Fliege“, einen sehr amüsanten Text geschrieben. Man denke sich mit allem Drum und Dran eine Situation, wo im Hause des Sicherheitskommissars von Berlin während seiner Urlaubzeit ein Nachtskafak etabliert wird und wo die rührige Polizei den nächsten zurückgekehrten Regierungsrat und die ganze Gesellschaft nach dem Alexanderplatz entführt. Wirklich sehr komisch und lustig. Wo der Schwanz Platz läßt, fängt Kollo an die Leiter zu schlingen. Er macht das glänzend und geschickt, bald spanisch, bald im Jummy, bald mit einem Kobarettstück, ein bishigen sehr im Klischee steden bleibend, aber bishausend und wirksam. Die ungeschätzten Epochen- und Seidenroben der Alice Hecha sind ebenso kostbar, wie sie mit Eleganz auf einem schönen Körper getragen werden. Sie selber benehmt, grazios, vollverant und Laune aufwendend. Sherry Siffa, in allen Respekttheater-Situationen der Provinz voll draller Komik, desolatischen Wend und Paul Müller. Den Lebemännern und Liebhabern seinen Birron und Unterfischer ihr frisches Epistolent. Clara Gränberg sah verführerisch genug aus, um alles glauben zu machen. Unter den tobend Gerufenen hätte man gerne alle Dekorationen fürler und Schneider gesehen, denn es war ein reiferer Erfolg auch im früheren Bild, das ein Fest für die Augen wurde.

K. S.

Am Großen Schauspielhaus bräut das neue Monument am Potsdam, den 9. September mit der feierlichen Einweihung der „Münche“ in einer schönen Neugestaltung Karl Heinz Hartmann.

Am Deutschen Opernhaus ankert am Sonntag Frau Egnern von der Wiener Staatsoper als Zöler.

Als zweites russisches Gastspiel im Theater des Westens wird am Sonntag, nachmittags 2 Uhr, das Drama von S. Wolodensko gegeben, wobei das Mitglied des Moskauer Künstler-Theaters Stefan Kusnezoff in der Hauptrolle zum ersten Mal in Berlin auftritt.

Das Konzert des Berliner Lehrer-Gesangsvereins am Sonnabend, 2. September, abends 7 1/2 Uhr, findet nicht im Garten, sondern im großen Saal der Neuen Welt statt.

Groß-Berliner Steuerpolitik.

Alle Lasten auf die tragfähigen Schultern!

Das Rückgrat der städtischen Finanzen bildete früher die Einkommensteuer. Das ist heute nicht mehr der Fall, da den Gemeinden die Erhebung selbständiger Zuschläge zur staatlichen Einkommensteuer verboten ist. Das Reich überweist vielmehr von sich aus den Kommunen einen Anteil der staatlich veranlagten und eingezogenen Reichseinkommensteuer. Dieser Anteil wird zurzeit errechnet nach dem Ist der Gemeindecinkommensteuer des Jahres 1919 mit einem Zuschlag von 35 Proz. Wie wenig dieser Steuerbetrag geeignet ist, die durch die Kriegswirtschaft und die Kriegslasten hervorgerufene Finanznot der Gemeinden zu mildern, beweist der Berliner Haushaltsplan, bei dem einem Bedarf von 6 Milliarden eine Einnahme von wenig über 1 Milliarde aus der Reichseinkommensteuer gegenübersteht. Auch Groß-Berlin sind also die Hände gebunden. Es darf keine direkte Besteuerung seiner Einwohner vornehmen. Diefelben kapitalistischen Parteien, die ihm das ganze Finanzjoch der Kriegserbschaft überlassen haben, geben ihm als schwachen Trost das Recht, neue indirekte Steuern zu erfinden, um seinen Etat zu balancieren. Im Reich sorgt die vereinigte Reaktion dafür, daß die bestehenden Klassen bei der Deckung des staatlichen Bedarfs möglichst geschont werden, und den Gemeinden ruft man zu: Seht zu, wie ihr fertig werdet!

Wir wissen, daß die Finanzen Groß-Berlins noch durchaus nicht die schlechtesten von den Städten der deutschen Republik sind. Aber auf die Reichshauptstadt hat man es nun einmal ganz besonders scharf abgesehen, doppelt scharf, weil hier eine sozialistische Mehrheit am Ruder sitzt. Man möchte gar zu gern den Kredit der Reichshauptstadt untergraben, ihr die Balancierung des Etats unmöglich machen und dann noch Demagogenart sich in die Brust werfen: „Seht euch die sozialistische Mißwirtschaft an! Sie hat Berlin in den Bankrott geführt!“ Diesen billigen Triumph der Reaktion zu verhindern, mußte die erste und wichtigste Aufgabe der sozialdemokratischen Finanzpolitik im neuen Groß-Berlin sein. Ganz sicherlich wäre an einem wirklichen Bankrott Berlins die sozialistische Verwaltung am allerwenigsten schuld gewesen — muß sich doch jeder halbwegs Vernünftige sagen, daß die Kriegswirtschaft und die durch den Krieg herbeigeführte finanzielle Steuerbelastung sich noch jahrelang und einstweilen immer stärker und fühlbarer auswirken muß. Aber die Reaktion rechnet hier wie überall mit dem kurzen Gedächtnis gewisser Schichten des Bürgertums, und der deutschnationale Stadtverordnete und Pfarrer Koch hat bei seiner Etatsrede im Frühjahr schon den verlogenen Versuch unternommen, die steigende Schuldenlast Berlins der „sozialistischen Mißwirtschaft“ aufs Konto zu setzen. Damals haben die Massen der Berliner Bevölkerung wohl den Demagogentrick des Herrn Pfarrers noch durchschaut. Aber wenn es uns nicht gelungen wäre, den Berliner Etat für 1921 zu balancieren, so hätte der deutschnationale Lügenfänger neue Hilfskräfte erhalten. Die Reaktion hätte es leichter gehabt, ihre eigene Riesenschuld an der Rot Berlins hinter dem Verleumdungsgeschrei von der „Mißwirtschaft“ zu verbergen.

Unsere Fraktion war bei dieser Sachlage sich von vornherein darüber klar, daß neue Einnahmequellen für die notleidenden städtischen Finanzen erschlossen werden müßten. Es bestand auch kein Zweifel darüber, daß ein Festhalten an irgendeiner Steuerdogmatik der Rot des Augenblicks nicht gerecht werden konnte. Unsere an sich wohl begründete Ablehnung indirekter Steuern war nicht aufrechterhalten, wenn das Defizit nur durch neue Steuern zu decken war und den Gemeinden nur das Recht zur Schaffung indirekter Steuern zustand. So haben wir denn — und mit uns die Unabhängigen — einer Reihe neuer indirekter Steuern unserer Zustimmung gegeben und dadurch den Unentwegten von ganz links die Gelegenheit geboten, ihr satyam befanntes Geheul vom „Prinzipienverrat“ zu erheben. Und sie haben es selbstverständlich getan. Aber just in einem Augenblick, wo den Kom-

munisten eigentlich der Irrsinn ihrer Prinzipienreiterei hätte selbst ausgehen müssen. Ausgerechnet bei der Ausdehnung der Biersteuer auf die neue Einheitsgemeinde wollte uns ihr Sprecher Leh darauf festnageln, daß wir entgegen unserem Programm eine indirekte Steuer bewilligten. Und er merkte nicht, daß eine Aufhebung der bestehenden indirekten Bierbesteuerung keinem einzigen Arbeiter sein gelegentliches Glas Bier verbilligt haben würde, dafür aber den „armen“ Großbrouereien ein willkommenes Millionengeschäft in den Schoß geworfen hätte. Es sind eben Begabungen, unsere kommunalen Kommunisten — diese Prinzipienfeste, die „niemals eine indirekte Steuer bewilligen“ und dann 8 Tage darauf der Wohnungszugsteuer zustimmen und später für eine Autosteuer eintreten. Da gab es auf einmal keine „Prinzipien“ mehr, weil man befürchten mußte, daß auch prinzipienfeste Wählerkommunisten die Ablehnung einfach nicht verstanden hätten, weil die Arbeiterschaft besser als ihre sogenannten Führer darauf hingewiesen hätte, daß es eben „solche“ indirekten Steuern gibt und „solche“, daß es in dieser Zeit außergewöhnlicher Not ein Wohlstand wäre, den ausgeprochenen Luxus unbesteuert zu lassen, nur weil man aus Prinzip gegen jede indirekte Steuer ist.

Neue Steuern durften freilich nur bewilligt werden — und sind auch von uns nur bewilligt worden — wenn sie ausschließlich die wirtschaftlich starken Schultern belasteten oder sogar den Luxus und die Verschwendung betrafen. Der Arbeiter, der Angestellte, der Beamte trägt schon schwer genug an dem Steuerabzug, durch den sein Anteil an der Reichsteuer vorweggenommen wird. Er kann und soll mit neuen indirekten Steuern nicht eher belastet werden, ehe nicht die bestehenden Kreise verhältnismäßig ebenso stark und stärker zu den allgemeinen Lasten herangezogen sind. Für die Steuerpolitik unserer Partei in Groß-Berlin galt also als Norm, daß wir nur solchen Steuern unsere Zustimmung gaben, die sich auf die deutlichen Anzeichen eines Wohlstandes, der über den Durchschnitt hinausgeht, gründeten. Wir haben bei diesem unseren Grundsatze und bei unseren entsprechenden Anträgen die geschlossene Front der bürgerlichen Parteien gegen uns gehabt. Wie immer, wenn es an den Geldbeutel der Besthenden geht, haben sich hier die bürgerlichen Demokraten mit den übrigen reaktionären Parteien sehr schnell zu einer Waffenbrüderschaft zusammengeschlossen — zum Schutze ihrer heiligsten Götter.

Ja, die Rechtsparteien haben sich nicht mit der Ablehnung im Rathause begnügt, sondern mit Hilfe ihrer „Verbindungen“ und „Beziehungen“ in den reaktionären Amtsstuben der Ministerien auch bereits beschlossene Steuergesetze nachträglich zu sabotieren versucht. Leider ist ihnen dies verschiedentlich gelungen, und wir sehen hier wieder, wie die Kommunalpolitik im letzten Grunde aufs innigste mit der „großen“ Politik zusammenhängt. Ehe wir die Reaktion in Reich und Ländern nicht niedergedrungen haben, wird auch eine sozialistische Gemeindepolitik immer wieder auf tausend Widerstände und Schwierigkeiten stoßen.

Ueber unsere kommunale Steuerpolitik aber dürfen wir getrost das Urteil unserer Wählerschaft erwarten. Von allen unseren Wählern, von den breitesten Schichten der Arbeiter, Angestellten- und Beamtenerschaft wird kein einziger etwas von denjenigen Steuern, die wir neu beschlossen haben, bisher gemerkt haben oder in Zukunft merken. Von der Wohnungszugsteuer über die Auto- und Pferdesteuer bis zur Hausangestelltensteuer trifft keine einzige die Schultern derer, die nicht tatsächlich über einen gewissen Wohlstand verfügen. Wir haben in unserer Steuerpolitik den einzig bleibenden Grundsatz zu verwirklichen versucht, daß die Lasten der Allgemeinheit wirklich auf die tragfähigen Schultern gelegt werden. Und so soll es bleiben. So wird es bleiben, wenn die Sozialdemokratische Partei im neuen Stadtparlament den ausschlaggebenden Faktor bildet.

Richard Lohmann.

Durch das Spreetal.

Duer durch das Spreetal führt uns eine Wanderung von Erkner nach Königswusterhausen. Wir beginnen sie in Erkner. Rechts unter der Bahn hindurch und über das Verbindungsfließ des Flatensees mit dem Dameriksee kommen wir zur Kirche. Auf der Chaussee nach Neu-Zittau verlassen wir den freundlichen Ort. Zu beiden Seiten des Weges schweift der Blick über die weiten Wiesenflächen des Spreetals, die von dunklem Kiefernwald eingerahmt werden. Rechts ragen die Müggelberge und die Gofener Berge auf, mit dem Dorf Gofen davor. Wir kommen an der Siedlung Schönschornstein vorbei und haben bald darauf Neu-Zittau erreicht; kurz vor dem Ort überschreiten wir die Spree. Neu-Zittau ist ebenso wie Gofen und Friedrichshagen eine Kolonistensiedlung, die in der Mitte des 18. Jahrhunderts angelegt wurde. In östlicher Richtung ziehen wir aus dem Dorf hinaus nach Burg an der Spree. Von hier folgen wir dem Friedersdorfer Weg; er führt dauernd durch Kiefernwald. Nach etwa 1/2 Stunden macht der Weg eine scharfe Biegung nach links. Der nächste Gesteinweg bringt uns nach rechts auf den Stahlberg, der sich 85,5 Meter über den Meeresspiegel oder 53 Meter über den Dameriksee erhebt. Von hier oben haben wir einen prächtigen Ueberblick über das Waldgebiet bis Wusterhausen hin, von wo uns die Masten der Telefunkenstation grüßen. Weilenweit erstreckt sich die Kiefernwälder durch das ebene Land. Die schnurgeraden Gesteinewege sind häufig von Birken eingefast, deren helle Laubkrone sich deutlich von dem dunklen Grün der Kiefern abheben. Das Spreetal bildet einen Teilabschnitt des großen Berliner Urstromtals. Auf dem Talrand, der an manchen Stellen, wie in den Püttbergen bei Wilhelmshagen und zwischen Erkner und Fürstenwalde, zu großen Dünenzügen zusammengeweht wurde, siedeln sich anspruchsvollere Pflanzen nicht an. So sehen wir denn hier den innigen Zusammenhang der geologischen Verhältnisse mit dem Pflanzenwuchs, einen jener Zusammenhänge, denen wir in der Natur überall begegnen. Vereinzelt steigen aus der Talebene Bergkuppen wie Inseln empor, so der Stahlberg, auf dem wir stehen, die Gofener Berge und die Müggelberge. Sie sind bei der Auswaschung des Tals durch die Fluten der eiszeitlichen Schmelzwässer als Ueberreste der ehemaligen Hochfläche stehen geblieben. Vom Stahlberg steigen wir zur Chaussee hinab und wandern über den Ober-Spree-Kanal, der vom Seddinkee auf möglichst geradem Wege nach Fürstenwalde und weiter zur Oder führt. Jen-seits der Brücke auf dem Kallower Gestell (N) gen Südwest. Bald hinter der Kreuzung des Weges Fürstenwalde-Königswusterhausen (in der Nähe des Jagensteins N) rechts ab auf dem sich schlängelnden Weg zur kleinen Siedlung Ulkei am Ulkeisee. Wir wandern rechts um die Ansiedlung herum (Bogeweiser „Koblower Ziegelei“, später „Niederlehme“) und kommen beim Jagenstein Q an die Straße von Fürstenwalde. Dieser folgen wir in südwestlicher Richtung über die Bahn von Berstow bis zur Zernsdorfer Chaussee kurz vor Neue Mühle. Neue Mühle an der Dahme ist ein beliebtes Ausflugsziel, besonders für Dampferpartien. Im Süden der Siedlung liegt der Tiergarten, ein schönes Laubwaldgebiet, das eine angenehme Abwechslung zu den durchwandelten Kiefernwäldern bildet. Die Chaussee führt an der Spulbrücke vorüber nach Königswusterhausen, einem Marktflecken an der Notte, die hier in die Dahme mündet. Nicht weit vom Bahnhof liegt das ganz von Efeu umspinnene Jagdschloß, in dem der „Soldatenkönig“ seine „Tabakskolonie“ abhielt.

Virginia Moll vor Gericht.

Bei der gestrigen Verhandlung wurde die Einfuhr der kondensierten Milch auf Grund der dafür erteilten Ausfuhrbewilligung behandelt. Der Vorsitzende hielt hierbei der Angeklagten vor, daß sie in der Voruntersuchung selbst zugegeben habe, daß sie in Amerika keinen Menschen habe, der ihr auch nur einen Pfennig geben konnte. Die ganze Liebesabengeschichte sei Schwindel, sie wäre allerdings ein glänzendes Geschäft geworden, wenn die Sache so weitergegangen wäre. Die Angeklagte widersprach dem und behauptete, daß sie so reichlich mit Einfuhrscheinen versorgt worden sei, daß sie viel davon sogar fortgeworfen habe.

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

72]

Die Geräusche der Straße waren erwacht und brüllten mit neuer Kraft in den jungen Tag hinein. Kein Mensch achtete des anderen. Man hastete vor- und rückwärts, eiserne Kolläden wurden hochgezogen, ein Geschlecht der Arbeit machte sich breit. Die Müßiggänger schliefen noch, sie hatten hier nichts zu suchen.

Aus alledem bin ich ausgeschaltet, dachte Reiser. Ich bin ein Rad, das gebrochen ist, das man beiseite geworfen und durch ein neues ersetzt hat. Es vollzog sich alles so schnell in dem Fieber der Zeit. Gestern stand man noch im Mittelpunkt einer Bewegung, heute brach man zusammen, und die Welt redete gleichgültig davon, morgen war man vergessen. Man lag am Weg, kein Vorübergehender wandte den Kopf nach einem, denn niemand hatte Zeit.

Er überschritt den Fahrdamm, überquerte die Leipziger Straße und stütete in eine Nebengasse.

Dort hingen Schilder an den Türen, die möblierte Zimmer anboten. Er ging wohllos in das erste Haus.

Ein unraffierter Mann in Filzpantoffeln öffnete ihm und führte ihn durch einen finsternen Flur in ein Wohnzimmer, das die gute Stube der Familie war.

Plüschmöbel, die nach Kampfer rochen, ein bronzierter Küstler mit nie angebrannten Kerzen, ein Vertikow, auf dem zahllose billige Rippen standen, ein Schreibtisch aus weichem Holz, ein Teppich, über den zum Schutz ein Hader gezogen war, ein Bett, das kalt und feindselig aussah — das war das sein möblierte Zimmer.

Reiser fragte nach dem Preis.

Der Mann tat, als müsse er erst überlegen, und rief schleiflich seine Frau, eine üppige Bierzaerin, die notdürftig Toilette gemacht hatte, die noch ungewaschen war, mit wirr über die Stirn hereinhängenden, ungekämmten Haaren, verdriehlich ob des Kergers mit den Kindern, die in der Küche lärmten, und doch zugleich süßlich und entgegenkommend lächelnd.

„Bierzig Mark.“ sagte sie in einem Ton, der verriet, daß sie in der Familie die Herrin war, „aber den Koffee extra.“

Reiser zahlte und bat, man möge ihn allein lassen, er wolle schlafen. Er verriegelte die Tür, entkleidete sich und

warf sich auf das Bett, dessen roher, gestärkter Ueberzug ihn gruseln machte.

Draußen lärmten erdarmungslos die Kinder und trampelten mit den Füßen, die Frau schimpfte im rohesten Berliner Dialekt, man hörte das Klirren von Kaffeetassen, wie aus weiter Ferne kamen die Glockensignale der Elektrischen und irgendwo krächzte ein Grammophon das Lied: „Ach, das haben die Mädchen so gerne...“

Von diesem Lärm, der ihn feindselig anbellte, umstellte, schloß Reiser die Augen und schlief ein.

Er erwachte durch ein Klopfen an der Tür und sah auf die Uhr. Es war zwei Uhr nachmittags.

Er fuhr in die Kleider und öffnete. Die Wirtin schob ihre Fülle durch die Tür und verlangte, daß er den Anmeldebchein ausfülle.

Er tat es, und sie stollte erstaunt fest, daß er in Berlin-Grünwald zu Hause war. „Sind Sie auch ein Dauermieter?“ fragte sie bössartigen Mißtrauens.

Erst jetzt bemerkte er den gemeinen Zug in ihrem Gesicht. Die Art, wie sie sich aufgedonnert hatte, die Fülle ihres überquellenden Körpers gewaltig zusammenpressend, ließ ihn noch deutlicher hervortreten.

Reiser lehnte sich an das Fenster und brütete vor sich hin. Die Kinder lärmten noch immer, besonders die Stimme eines Knaben tat sich hervor, frühreif, brutal und ordinär.

Die Zeit schlich mit schleppender Langsamkeit. Reiser war es, als stecke er in einem Sack, den man oben fest aufgedrückt hatte. Vom Flur her kamen leise, langsam schlürfende Schritte. Der Wirt, schien es, machte in seinen Filzpantoffeln einen Spaziergang. Wie eine Wache, die man vor meiner Tür postiert hat, dachte Reiser.

Er überdachte keine Page. Er tat es zum erstenmal und sah zum erstenmal auch klar: sie war trostlos, sie war verzweifelt.

Robin er sah auch dachte er sich die Frau, die er sehen wollte verflucht. Die Idee daß er eine kleine Abenteuer übernehmen, war einfach lächerlich. Geleht den Fall, daß er eine bekommen hätte, er war nicht imstande, ihr vorzustehen. Er konnte nicht reden, kein Wort. Und er fühlte, daß das nicht besser werden würde. An seinem Gehirn war irgend etwas zerbrochen. Er spürte einen Kaffianen Miß.

Er hatte ein unermeßliches Mudebedürfnis, er lehnte sich nach einem Schweigen, das endlos war. Die lärmenden Kinderstimmen hämmerten auf seine Nerven ein, die schlür-

fenden Schritte des unraffierten Mannes draußen brachten ihn zur Verzweiflung. Und es war ihm unmöglich, noch einmal das Gesicht der Vermieterin zu sehen.

Alles das tat ihm nicht nur weh, es engte ihn ein, wie einen, der nahe daran ist, zu ersticken. So machte er in kurzen Abständen ein paar Schritte durch das Zimmer, blieb stehen, starrte irgendeinen Gegenstand versunken an und schrak dann plötzlich auf.

Wo war er und wohin gehörte er?

Er hatte kein Daheim. Er gefiel sich in der Vorstellung, in einem Krankenhaus zu liegen, wo Schwestern sich mit leisen Handgriffen um ihn bemühten. Diese Ruhe, dieses Schweigen brauchte er, die Apathie eines Menschen, dem alles gleichgültig ist, weil vielleicht schon der Tod lauerte um sein Bett schlief.

Alles Denken war ausgeschaltet, es war ihm abgenommen wie eine Bürde, der er nicht mehr gewachsen war. Andere dachten für ihn. Das war so wohlthuend. Die Gedanken waren durch ein vages Gefühl ersetzt, das halbwach träumte und oft ganz schlief.

Er war wie ein Nachtwandler. Die Welt war voll von Geheimnissen für ihn, die er überwunden hatte. Er stand außerhalb der Welt.

Und plötzlich nahmen seine Vorstellungen noch etwas Ruhigeres an. Er sah sich im Gefängnis. Dieses war noch friedvoller als das Krankenhaus, denn es war schon wie der Tod.

Wie war es nur möglich gewesen, daß er sich vor ihm so gefürchtet hatte? Er kannte es doch. Auch dort war es nicht nötig, daß man dachte. Einmal überwunden, hatte die Einsamkeit des Gefängnisses keine Schrecknisse mehr. Man lebte ruhig und war aller Konflikte enthoben.

Eine tiefe Nacht kam, ernst und doch harmherzig in ihrem ehernen Schweigen, und man ertrank in ihr zu einem langen Schlaf. Alle Wünsche gingen heim, aber es gab auch keine Abjagen. Des Lebens wechselvoller Kampf war aufgehoben, es gab keine Niederlagen und keine Siege. Keine Zukunft lockte und keine Vergangenheit schreckte, indem sie das Gewissen aufwühlte. Man träumte in dem ewigen Gleichmaß einer Gegenwart, die einen der Notwendigkeit jedes Handelns enthob. Man war eine Nummer. Den Menschen hatte man abgelegt, begraben. Der Friede des Grabes war um einen.

(Fortsetzung folgt.)

Das Endergebnis.

Von Th. Kohur.

Die große Lohn- und Gehaltsbewegung der Arbeiter, Angestellten und Beamten des Reiches hat ihr Ende erreicht. Die betroffenen Gewerkschaften sowie die zuständigen Vertreter der Reichsregierung haben zu dem Resultat der Verhandlungen Stellung genommen und ihre Bereitwilligkeit erklärt, auf ihre Auftragsgeber in dem Sinne einzuwirken, daß auch sie sich mit der veränderten Sachlage abfinden. Maßgebend für das Verhalten der Reglerungs- und Organisationsvertreter ist die Tatsache, daß die durch die gegenwärtige Teuerungswelle verursachte große Not durch sofortige Auszahlung der neuen Einkommensbezüge gemildert wird. Diese Auffassung hat zur raschen Erledigung der Verhandlungen geführt und bei den Verhandlungsparteien eine gewisse Nachgiebigkeit veranlaßt. Die Frage ist nun: Wie wirkt das Endergebnis dieser großen Bewegung auf die beteiligten Arbeiter, Angestellten und Beamten? Zur Stunde läßt sich darüber ein abschließendes Urteil noch nicht fällen. In den nächsten Tagen dürften im ganzen Lande Versammlungen stattfinden, um zu der brennenden Einkommensfrage Stellung zu nehmen. Es erscheint zweckmäßig, nicht nur im Hinblick auf die Erörterungen in den Versammlungen, sondern vor allem auch auf die Deffenlichkeit eine Erläuterung zu den getroffenen Vereinbarungen zu geben.

Die jetzt abgeschlossene Bewegung stellt die größte in den bisherigen wirtschaftlichen Kämpfen dar. Sämtliche Spitzenorganisationen aller Richtungen waren mehr oder weniger stark an den Verhandlungen interessiert und am Verhandlungstische wurde über das gesamte, mehrere Millionen starke Heer der Reichsbeamten, Angestellten und Arbeiter entschieden. Die Verhandlungen wurden im Gegensatz zu früheren Bewegungen von vornherein auf zentraler Grundlage zwischen Reichsregierung und den Vertretern der Spitzenorganisationen geführt.

Die letzte große Bewegung, die im Januar dieses Jahres ihr Ende erreichte, hatte eine ungeachtete Mißstimmung in alle Kreise des Reichspersonalis hineingetragen, weil das von den Gewerkschaften geforderte in seinem Verhältnis zu dem Erreichten stand.

Es kam deshalb darauf an, bei den gegenwärtigen Verhandlungen diese unsoziale Abstufung aus der Welt zu schaffen. Aus diesem Grunde knüpfte die anfänglich der gegenwärtigen Bewegung eingereichten Forderungen an die im Januar gemachten Zugeständnisse an und haben in erster Linie einen sozialen Ausgleich vor. Außerdem wurde mit Rücksicht auf die augenblickliche große Notlage ein gleichmäßiger Teuerungszuschlag für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten gefordert. Diese letztere Forderung wurde zum Prinzip erhoben, um das bei den Verhandlungen heiß gerungen wurde.

Ein Vergleich des Ausgangs der Januarbewegung mit der jetzt beendeten zeigt ohne weiteres den sehr auffälligen Unterschied in dem Endergebnis. Die über 21 Jahre alten Lohnempfänger erhalten ohne Rücksicht auf die bisherigen Bezüge gleichmäßig in jeder Ortsklasse 1 M. Zulage pro Stunde. Demnach erhält der Arbeiter in der Ortsklasse E 80 Pf. mehr als bei der letzten Bewegung, der in der Ortsklasse D 70 Pf., in C 60 Pf., in B 50 Pf. und in A 40 Pf. mehr. Rein objektiv betrachtet, muß ohne weiteres zugegeben werden, daß die geforderte Verringerung in der bisherigen Spannung der Lohnsätze nicht eingetreten ist. Dafür aber die Zulage von 1 M. in allen Ortsklassen durchaus sozial wirkt.

In der Presse wurde die jetzt bewilligte Teuerungszulage wiederholt als „Preiszulage“ bezeichnet. In diesem Zusammenhang darf daran erinnert werden, daß die Regierung die jetzt in Kraft getretene Brotpreiserhöhung mit 105 M. pro Kopf und Jahr berechnet, also für eine fünfköpfige Familie 525 M. Die durchschnittliche Lohnerhöhung beträgt allerdings für den unehelichen über 21 Jahre alten Arbeiter sowie für den mit mehr oder weniger Kindern gesegneten Familienvater 2400 M. Darin liegt zweifellos eine große Härte, aber diese gleichmäßige Zulage entspricht der grundsätzlichen Auffassung der Gewerkschaften, die sich bekanntlich auf den Boden des Leistungsprinzips stellen.

Liegen nun die Verhältnisse bei den Arbeitern ziemlich einfach, so kann das leider bei den Beamten nicht behauptet werden. Aus diesem Grunde ist auch ein Vergleich zwischen dem Arbeiterlohn und dem Beamtengehalt nicht ohne weiteres möglich. Die tariflichen Löhne der Arbeiter gliedern sich in 7 Lohngruppen, 7 Altersstufen und 5 Ortsklassen; für die weiblichen Beschäftigten kommt noch eine 8. Lohngruppe hinzu. Das gesamte Jahreseinkommen der Arbeiter schwankte bisher, soweit es sich um männliche Beschäftigte handelt, zwischen 5500 M. und 14 774 M., für weibliche Beschäftigte zwischen 3756 M. und 8514 M. Dazu kam ein Kinderzuschlag von 480 M. pro Kind und Jahr.

Bei den Beamten gliedert sich das Gehalt auf Grund der Befolungsordnung nach 13 Befolungsgruppen und den Einzelgehältern für die höheren Beamten, ferner nach 5 Ortsklassen und in den ersten 7 Befolungsgruppen nach 8 Aufstufungsstufen von zwei zu zwei Jahren. In den höheren Befolungsgruppen verringern sich die Aufstufungsstufen um einige Jahre.

Während sich der tarifliche Arbeiterlohn nur aus Grundlohn, Teuerungszuschlag und Kinderzulage zusammensetzt, gliedert sich das Beamteneinkommen nach Grundgehalt, Ortszuschlag, beweglichem Teuerungszuschlag, Kinderzulage und beweglichem Teuerungszuschlag. Das Gesamteinkommen eines Beamten schwankte bisher zwischen 7750 M. pro Jahr in der ersten Befolungsgruppe und Ortsklasse E und 45 900 M. in der Befolungsgruppe 13 und Ortsklasse A. Dazu kamen Kinder-

zuschläge nach Ortsklassen abgestuft, die für ein Kind im Alter bis zu 6 Jahren 1209 M. in der Ortsklasse A und 840 M. in der Ortsklasse E schwanken. Für Kinder bis zu 14 Jahren waren die Sätze 1500 M. in A und 1038 in E.

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich eine sehr komplizierte Berechnungsmethode und auch eine unübersichtliche Zahl von Gehaltsätzen.

Zwischen den Arbeiterlöhnen und den Beamtengehältern laufen dann noch die Bezüge der außerplanmäßigen Beamten, die auf Grund einer sogenannten Diätenordnung ermittelt werden. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß bei den Verhandlungen sowohl von den Vertretern der Regierung wie der Gewerkschaften zugegeben werden mußte, daß die schwierige Frage der Diätäre und die praktische Auswirkung der zugestandenen Verbesserungen erst nach gründlicher Prüfung und Berechnung zu überlegen sei. Zum besseren Verständnis sei darauf aufmerksam gemacht, daß die Diätäre in ihrer Mehrheit aus dem Arbeiterverhältnis hervorgehen und bis zu ihrer Ueberführung in das Beamtenverhältnis nach dem Lohn- und Gehaltsvertrag gelöhnt werden. Da aber nun die Diätenordnung nur bestimmte Prozentsätze des Einkommens des planmäßigen Beamten vorsieht, andererseits aber der ins Beamtenverhältnis übergegangene Arbeiter in seinen Bezügen nicht geschädigt werden konnte, mußte zu dem Mittel der Ausgleichszulage gegriffen werden. Das hatte den großen Nachteil, daß z. B. bei der im Januar beendeten Bewegung diese Diätäre ihren Teuerungszuschlag auf die Ausgleichszulage angerechnet bekamen und praktisch somit keine Aufbesserung ihrer Bezüge erzielten. Das Wort von dem Diätären war deshalb auch keine Phrase.

Die Wirkung der Lohnerhöhung für die Arbeiter ist bereits oben dargestellt. Hinzugefügt kann noch werden, daß die jugendlichen Arbeiter von 18 bis 21 Jahren bei der vorletzten Lohnbewegung mit den über 21 Jahre alten gleichgestellt wurden. Diesmal erhalten sie pro Stunde nur 80 Pf., die unter 18 Jahre alten Arbeiter erhalten 50 Pf., die unter 16 Jahre alten Arbeiter 30 Pf. pro Stunde.

Im übrigen braucht auf Einzelheiten der getroffenen Vereinbarungen im allgemeinen nicht eingegangen zu werden, weil darüber in früheren Nummern des „Vorwärts“ das Erforderliche gesagt wurde.

Bezüglich der Einkommensverbesserung für die Beamten ist noch hervorzuheben, daß die Spannung von 15 Proz. zwischen den Ortsklassen A bis E auf 8 Proz. verringert worden ist. Dieser Fortschritt ist um so mehr zu begrüßen, als es den Gewerkschaften nicht gelang, bei der neuen Ortsklasseneinteilung die Klassen D und E zu befestigen.

In ähnlicher Weise wie die verringerte Differenzierung zwischen den Ortsklassen wirkt auch die neue Kinderzulage sozial ausgleichend. Die Kinderzulage erhöht sich jetzt für Kinder bis zum 6. Jahre pro Kopf und Jahr in Ortsklasse A und B um 240 M., in Ortsklasse C, D und E um je 300 M.; für Kinder bis zum 14. Lebensjahr erhöht sie sich in Ortsklasse A um 300 M., in B um 288 M., in C um 438 M., in D und E um 462 M.; für Kinder über 14 Jahre in A, B und C um 360 M. und in D und E um 540 M.

Die jetzt beendete Bewegung stellt eine Stappe auf dem Wege zur Verbesserung der Einkommensverhältnisse dar. Je nachdem die Teuerung sich verschärft und die zu erwartenden neuen Steuern das Lohn- oder Gehaltseinkommen belasten, wird eine zweite Stappe die Folge sein. Schließlich sei noch erwähnt, daß auch die Einkommensbezüge für die Beamten- und Arbeiterpensionäre sowie für die Witwen und Waisen eine entsprechende Aufbesserung erfahren. Für die Beamten ergeben sich die Verbesserungen aus dem Pensionsanpassungsgesetz, für die Arbeiterpensionäre sind die dazu erforderlichen Vorarbeiten im Reichsarbeitsministerium im vollen Gange.

Auf die Tatsache, daß bei den größeren Teuerungszulagen der höheren Befolungsgruppen auch höhere Steuererlässe in Ansatz kommen, sei nur nebenbei aufmerksam gemacht.

Wir sind davon überzeugt, daß das Gesamtergebnis in weiten Kreisen der Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht befriedigend wird, aber den Kritikern darf gesagt werden, daß sie, falls sie am Verhandlungstisch mitgewirkt hätten, ohne weiteres zu der Ueberzeugung gekommen wären, daß seitens der Gewerkschaftsführer nichts unversucht geblieben ist, um ein noch einflussreiches Resultat zu erzielen. Die letzteren konnten sich aber am Schluß der ausgedehnten Verhandlungen der Auffassung nicht verschließen, daß die äußerste Grenze der Verhandlungsmöglichkeiten erreicht und ein anderes Resultat nur im Wege des Streiks zu erzielen gewesen wäre. Daß der Streik angesichts der von der Regierung gemachten Zugeständnisse nicht mehr zur Anwendung kommen kann, darüber wird kaum noch irgendwo ein Zweifel bestehen.

Wirtschaft

Konzentration und Klassenkampf.

Seit dem Kriege hat die Verbandoberbildung in Handel und Industrie und die Konzentration der Betriebe einen starken Aufschwung genommen. Auf diese Weise sind auch die wirtschaftlichen Verhältnisse grundlegend andere geworden, haben sich geradezu gewaltige Umstellungen vollzogen, die den Charakter der kapitalistischen Wirtschaftsform außerordentlich beeinflussen haben und für die Arbeiter von größter Bedeutung sind. Vor dem Kriege waren, im großen und ganzen, die Unternehmer Herren ihrer Betriebe und konnten innerhalb derselben schalten und walten nach Willen und eigener Verantwortung. Heute ist dies anders geworden und die von dem Kapitalismus durch den Weltkrieg selbst geschaffenen Zustände haben die Selbständigkeit des Einzelunternehmers so gut wie aufgehoben und die Kapitalisten gezwungen,

ihre Interessen viel mehr noch als früher kollektiv als Klasse, nicht individuell wie früher als Einzelperson zu vertreten. Gerade die größten Werke waren es, die zuerst diesen Weg gegangen sind, in der Erkenntnis, daß die Möglichkeit der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsform nur unter Preisgabe der eigenen Selbständigkeit besteht. Apatag-Deutsche Werk-Gute Hoffnungsbütte schließen sich zusammen. A.G. Krupp-Deutsche Werke-Rheinische Metallwaren-Fabrik (Schwarz) Eisen-Großhandel Wolf-Röhrl gehen eine Interessengemeinschaft ein. Alle diese Firmen haben wiederum ihrerseits eine große Reihe von Firmen in sich aufgenommen. Bei dem sogenannten Anhaltkonglomerat hatte diese Entwicklung bereits vor dem Kriege eingesetzt. In der Brau- und Spiritusindustrie hoben die größten Firmen Konglomerate gebildet, wie beispielsweise Schultheiß-Pagenhofer mit Kalkbaum-Breslauer Spiritusfabrik. In der Textil- und Bekleidungsindustrie ist der gleiche Vorgang zu verzeichnen. Es sei hier nur auf den Kordstadt-Konglomerat hingewiesen.

Das gewaltigste Beispiel kapitalistischer Konzentration ist die Siemens-Rhein-Eisen-Schudert-Union, welche die Siemens u. Halske A.-G., die Siemens-Schudert-Werke G. m. b. H., die Schudert-Werke, die Heisenkirchener Bergwerksgesellschaft, die Deutsch-Luxemburgische Bergwerksgesellschaft umfaßt, während letztere beiden wiederum der Bochumer-Verein für Bergbau- und Hüttenfabrikation und jedem einzelnen dieser an sich schon gewaltigen Werke eine Reihe weiterer Unternehmen außerdem angeschlossen ist. Die Gründe, welche beispielsweise die Siemenswerke geleitet haben, ihre Selbständigkeit aufzugeben, hat der Vorsitzende des Aufsichtsrates Karl Friedrich von Siemens in der Generalversammlung im Dezember 1920 wie folgt gekennzeichnet: „Unsere Pflicht ist, auch unter Zurücklegung persönlicher Gefühle mitzuarbeiten an der Entwicklung von Wegen, welche es unserem Vaterlande ermöglichen, bessere Tage zu erreichen. Das kann aber nicht in der Befriedigung des Egoismus, sondern nur in der Unterordnung unter höhere Gesichtspunkte geschehen.“

Dieser Ausspruch beleuchtet biligartig die ganze Situation und kennzeichnet mehr als vieles andere die gewaltige Umstellung, welche der Krieg auch innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung selbst hervorgerufen hat. Wenn auch die „Besseren Tage“, denen „unser“ Vaterland entgegengehen soll, im Sinne des Herrn von Siemens dem Kapital zugute kommen sollen, so steht doch unzweifelhaft fest, daß der Einzelegoismus des Unternehmers so gut wie überall der Klassenolidarität der Unternehmer weichen mußte. Aus diesen Gründen ist die gewaltige Siemens-Eisen-Schudert-Union entstanden, die von ihren Gründern selbst „Wertunion“ genannt wird.

Auf dem Wege dieser Entwicklung stoßen nun die Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufeinander. Die Arbeitgeber treffen ihre Maßnahmen, um die Klassenherrschaft des Kapitals zu sichern, die Arbeitnehmer erstreben die Befreiung der Klassenherrschaft und wollen den Sozialismus an die Stelle des Kapitalismus setzen. Es arbeiten so zwei große Kräfte: der Kapitalismus als ein Teil von jener Kraft, die das Böse will und das Gute schafft, das Proletariat bewußt als Kulturkämpfer daran, einen Zustand zu erreichen, in welchem es keine Klassen, sondern nur noch Menschen gibt.

Reichswirtschaftsrat gegen Wasserkräftsteuer.

Der Wirtschaftliche und der Kohlenausfuhr des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschäftigten sich in einer gemeinsamen Sitzung am 1. September mit einer Eingabe der Handelskammer Breslau, die die Einführung einer Wasserkräftsteuer vorschlägt. Zur Begründung wird in der Eingabe angeführt, daß durch eine Erhöhung der Kohlensteuer ohne gleichzeitige Schaffung einer entsprechenden Wasserkräftsteuer die Konkurrenzfähigkeit der Industriezweige, die auf die Ausnützung der Kohlen als Kraftquelle angewiesen sind, schwer hechtträchtig würde. Es sei eine Forderung der Gerechtigkeit, durch steuerliche Befreiungen der Wasserkräft einen Ausgleich zu schaffen. Zu der Eingabe waren eine Reihe von Sachverständigen eingeholt worden, die darin übereinstimmten, daß eine Besteuerung der Wasserkräfte nicht angebracht sei. Der Ausbau unserer Wasserkräfte sei noch zu sehr in der Entwicklung begriffen, als daß sie schon eine Steuerquelle bilden könnten. Auch die Vereinigung der Elektrizitätswerte erklärte sich gegen die Absichten der Eingabe.

In der Aussprache wurde eine Besteuerung der Wasserkräfte allgemein abgelehnt, besonders die Vertreter Süddeutschlands hoben hervor, daß der mit Wasserkräften reicher gesegnete Süden eben darin nur einen billigen Ausgleich für die höheren Transportkosten finde, die er infolge seiner Entlegenheit von den Lagerstätten für die durch Wasserkräft nicht erflehbare Kohle mitnehmen müsse. Eine Besteuerung der Wasserkräfte werde nicht nur auf den Ausbau von Kraftwerken, sondern vor allen Dingen auch auf den finanziell meist darauf sich gründenden Wasserstraßenbau lähmend wirken. Dieser Auffassung schlossen sich auch Regierungsvertreter Württembergs und Bayerns an. Die Ausschüsse fahnten daraufhin gemeinsam folgenden Beschluß: „Der Wassermischungs- und der Kohlenausfuhr des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates haben sich in gemeinsamer Sitzung dahin schlüssig gemacht, daß dem Antrag der Handelskammer Breslau auf Einführung einer Wasserkräftsteuer keine Folge zu geben ist. Sie sind der Ansicht, daß der mit allen Mitteln zu fördernde Ausbau der Wasserkräfte dadurch gehemmt und teilweise unterbunden werden würde.“

EXTRA BILLIGES ANGEBOT

Steingut

- Teller, tief und flach 135
- Tasse mit Unt., weiß und bunt 195
- Satz Schüsseln, 6teilig, weiß 1275
- Satz Schüsseln, 7teilig, weiß 1975
- Waschbecken, creme 1650
- Waschgarnituren, 5teilig 6800
- Tafelservice, 23teilig, bunter Randdekor 18500
- Küchegarnitur, 22teilig 13500
- Teller, Feston Gold, tief und flach 445
- Nachtgeschirr 490

Glas

- Teller, Diamant 0,85
- Teebecher, Mattband 165
- Weinglas 490
- Bierbecher, Flora 295
- Wasserflasche mit Glas 590
- Bierbecher, geschliffen 390
- Weingarnituren preiswert
- Eimer, grau, 28 cm. 1150
- Kochtopf, neublau, 22 cm 1275
- Kaffeekanne, neublau 875

Porzellan

- Kaffeervice, 9teilig, bunt 98⁰⁰ 78⁰⁰ 58⁰⁰
- Tassen, bunt 295
- Tassen, Schale Gold 375
- Tafelservice, 23teilig, 6 Personen 3900
- Teller, Gold, tief und flach 690
- Teller, Gold, 19 cm 590
- Kaffeervice in großer Auswahl, sehr billig
- Satz Aluminium-Töpfe mit Deckel 9800
- „ „ extra schwer mit Deckel 11800
- Zinkwannen, 100 cm. 13500

PORZELLAN-EMAILLE-MARKT Berlin-Wilmersdorf

30-31 Berliner Straße 30-31

Der Parteitag der Rechtsbolschewisten.

Zweiter Verhandlungstag.

München, 2. September. (B.Z.) Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte Staatsminister a. D. Hergt mit, daß einzelne vorgesehene Vorträge fortfallen müssen, darunter der des Professors v. Gruber über die völkische Frage als Rassenfrage. Seit Hannover siehe in dieser Beziehung der Standpunkt der Partei unverändert fest, und der heutige Parteitag solle auch wissenschaftlich die Haltung der Partei begründen, dazu gehöre aber nicht diese Frage, und die Tagesordnung sei stark überlastet. So habe man sich schweren Herzens entschlossen, diese Frage zu vertagen und eine besondere Tagung vorzubereiten, die schon in aller nächster Zeit stattfinden solle. (Offenbar kann man sich noch immer nicht entschließen, auf das „Juden-geld“ ganz zu verzichten. Red.)

Sobald nahm Chefredakteur Abg. Paul Böcker-Berlin das Wort und protestierte

im Namen der vergewaltigten Presse

der Rechten gegen die Zensurverhote der Regierung. Doppelt wohlthuend sei es, daß der Parteitag auf bayerischem Boden blühe, wo doch noch ein Stückchen deutschen Rechts geblieben sei. (M) Möge Bayern, fuhr Redner fort, das Seine dazu beitragen, daß das verletzte Recht im Reiche wieder hergestellt wird. Von dem Reichstagsler aber, der mehr Sozialist als Zentrumsmann ist, kann die Stellungnahme nicht wundernehmen. Jetzt gilt es, der Unabhängigkeit der Rechtspflege zu Hilfe zu eilen. Gegen diesen ersten Schritt zur Sowjetregierung Deutschlands erheben wir warnend unsere Stimme. Wir sollen die Wahrheit nicht verläugern, aber sie spottet aller Schranken und wird sich durchsetzen, bis es einst wieder heißt: Ein Volk, ein Reich, ein Kaiser. (Stürmischer Beifall.)

Redner bringt sodann eine Entschließung ein, welche die Mordtat an Erzberger verurteilt und die verlogene und völkervergiltende Hehe gegen die national gesinnten Kreise zurückweist. Die Entschließung hält unter Ablehnung aller Gewaltmittel daran fest, den politischen Kampf auf dem Boden von Recht und Gerechtigkeit zu führen, sie protestiert gegen die Maßnahmen der Reichsregierung und fordert den Kampf bis zur Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Rechtsstaatlichkeit an.

Professor Dr. Braunstaed-Erlangen spricht sodann über völkisch-nationale Erneuerung, die im Interesse der Selbsterhaltung und der Würde Deutschlands notwendig sei. Der Wille der Nation ist dazu bestimmt, daß die Abwehr des Volkes in die Wirklichkeit umgesetzt werden; dazu gehört Macht, und es gibt nichts Höherwertigeres, als den Geist von Weimar und Potsdam gegeneinander auszuspielen. (Beifall.) Fort mit dem Internationalismus, zurück zum reinen Volkstum, wie es seine Wurzeln von 1760 bis 1830 hatte, zum nationalen Kulturstaat. Fort mit dem Marxismus und allen unheimlichen Deformierungen, die sich jetzt bei uns breitmachen. Scham und Schande ruft unsere Volkseele wieder auf. Der deutsch-völkische Geist hat sein Ziel in der Bereicherung der Seele.

nicht in der Anhäufung irdischer Güter.

(Was sollte nun, Mittel-Schleierich?) Der Antisemitismus ist eine negative Waffe, unsere positiven Aufgaben der Erneuerung des Volkstums sind wichtiger. Zweifellos ist das Judentum ein fremdes Volkstum in unserem Volkstum. Wir achten dieses Volkstum (?), wie wir unser eigenes Volkstum achten, aber es wäre wahnwitzig, diesem Volkstum unsere Führerschaft anzuvertrauen. (Stürmischer Beifall.) Aber wir dürfen nicht vergessen, daß unser Volkstum stark genug gewesen ist, einzelne Elemente aus jenem fremden Volkstum zu uns herüberzuholen (bzw. und vor allem ihre Moneten). Aber das sind Ausnahmefälle; im allgemeinen hat der Jude kein völkisches Empfinden. Der zerlehende, scharf analysierende Stand ist seine Waffe, dazu die skrupellose Verwendung der angekauften Gelder. Unsere Zukunft liegt nicht in der Rauserung der Sozialdemokratie, sondern in einer kräftigen Förderung der nationalen Arbeiterkraft. (Beifall.) Der Arbeiter muß entproletarisieren und durch Siedlungen anerkennbar gemacht werden. Überalismus, der sich nicht auf den Boden konservativer Anschauung stellen kann, ist sinnlos. Redner schließt mit Arndts Worten: Die Treue stets zuerst, sieht im Himmel und auf Erden. (Stürmischer minutenlanges Beifall.)

Frau Abg. Paula Müller-Oeffel gibt einen Ueberblick über die Kleinarbeit und schildert die Mitarbeit der Frau an der völkischen Erneuerung. Die Forderungen der Frauenrechtsbewegung sind eine Stärkung der Rechtsparteien gefordert. Die Frau hat zu sorgen, daß die Mädchen an unserer Schuld am Rande verkommen, daß unsere Jungen weiß, daß nur Untand den blanken Schild unserer Helden bedecke und daß unsere Liebe noch immer unserem Kaiser und unserem Landesfürsten gilt. (Beifall.) Rednerin plädiert für ernstes Eintreten in völkischen Sinne und praktischen Antisemitismus. Die Saat muß sät werden, wenn auch erst die kommende Generation ernten wird. Darum: Arbeit von Frau zu Frau christlich und national! Das ist unser Versprechen an die Partei. (Stürmischer Beifall.)

Staatsminister Dr. Wallraf spricht über die Ereignisse in der Westmark. Wir dürfen das Deutschlandlied nicht mehr singen, aber es klingt in unserem Innern. Dort kann es kein Feind geben. (Beifall.) Der demokratische Gedanke vom Einheitsstaat ist nicht einmal ein schöner Traum. Auch wir wollen unsere Eigenart behalten unter dem alten schwarzweißen Banner. Der alte deutsche Kaiser wird uns den Morgen bringen. (Stürmischer Beifall.)

Nach der Mittagspause erstattet Abg. Dr. Hoffe Bericht über die Arbeiten des Ausschusses für Unterstützung der hohen Preise für landwirtschaftliche Produkte. Redner kommt zu dem Schluss, daß von Ausnahmen abgesehen, die Landwirtschaft nicht zu hohen Preisen neigt. Man muß daran denken, daß unsere Landwirtschaft nach der jahrelang betriebenen Ausbeutung des Bodens, der Maschinen und Geräte zur Neubeschaffung der Ausrüstung gezwungen ist, wenn sie Deutschland ernähren soll. An der Brotteuerung trägt die Landwirtschaft keine Schuld, vielmehr das Auslandgetreide. Der jahrelang niedrige achtere Protokreis war nur eine völkische Vorzeichenung. Der Reichsausschuss mußte eben durch die Steuerzahler ausgeglichen werden. Jetzt aber, wo das Reich keine Einnahme mehr leisten kann, mußte der Protokreis erhöht werden. Redner appelliert an die Landwirte, die Umfänge pünktlich zu entrichten. Sie würden damit dazu beitragen, auch die letzten Vorwürfe gegen die Landwirtschaft zu entkräften. (Beifall.)

Dr. Oberle hält das Referat über Wiederaufbau und Mittelstand. Aktiengesellschaften verändern die Privatbetriebe, und die Bodenpekulation führt zur Schaffung neuer Großstädte. So macht sich der kapitalistische Druck ebenso wie gegen den Arbeiter auch gegen den kleinen Gewerbetreibenden geltend. Und wenn wir noch Wahrheit rinnen, müssen wir offen anerkennen, daß es eine Schuld des archaischen Deutschland ist, nicht schon vor 50 Jahren das einseitige zu haben. (Stürmischer Beifall.) Der Marxismus nicht die Gründe vernünftigen können, aber wir müssen anerkennen, daß der Arbeiter für staatlichen Schutz des einseitigen Mittelstandes.

Die soziale Spannung kann nur durch Förderung des Mittelstandes ausgeglichen werden, denn hier bietet sich die Möglichkeit zum Aufstieg. Es folgt eine kurze Aussprache, in der sich der Abg. Lind dafür ausspricht, die deutschen nationalen Gewandnisse bis in die kleinsten Bauernhöfe hineinzutragen und die Bräute über die Gegenseite zu schlagen, die leider

die verfluchte Judenzwangswirtschaft

geschaffen habe. (Die „verfluchte Judenzwangswirtschaft“ wurde bekanntlich Anfang 1915 mit der Brotrationierung eingeführt und

während des Krieges auf besonderen Wunsch der Obersten Heeresleitung immer mehr ausgebaut. Verantwortlich für die „Judenzwangswirtschaft“ sind u. a. Bethmann Hollweg, Helfferich, von Batschi, Ludendorff, Wilhelm II., Eder von Braun, Hindenburg, General von Stein, kurz lauter Juden.) Rufen wir uns zum letzten Kampf gegen rote und goldene Internationalen!

Kapitän Klewetter-Hamburg spricht über die Flaggfrage. Das Verhalten des Reichstages hat schwer enttäuscht. Wir wollen unsere alte Fahne auch in Zukunft behalten.

Professor Pflüger-Hamburg beklagt die Jugendvergiftung, die im Krieg zu Verrat und Desertion geführt habe. Höchste Zeit sei es, den neuzeitlichen Bestrebungen entgegenzutreten, welche die Jugend Gott und Kaiser vergessen ließen. Gerade Hamburg sei mit seinem Schulwesen am schlimmsten daran, denn hier werde mit den Schuleinheitsbestrebungen geradezu Unjug getrieben. Er bitte die Reichstagsfraktion um ihren Beistand.

Herr von Forstner-Greifswald beklagt die schwere Verurteilung des U-Boot-Beimanns Dithmar und bittet, dem unglück-

Genossinnen! Genossen! Kommt alle zur Flugblattverbreitung am Sonntag morgen.

Treffpunkt um 9 Uhr in den Bezirkslokalen.

lichen Opfer der Politik von hier aus die Sympathie zum Ausdruck zu bringen. Jedenfalls müsse die Partei dafür sorgen, daß das Urteil im Reichstag besprochen werde. Redner schließt mit der Mahnung, nie den Tag der Rache und Vergeltung zu vergessen.

Recht-Rürnberg ist nicht damit einverstanden, daß der Antisemitismus nur eine negative Waffe sei. Im Gegenteil, er soll unser deutsches Fühlen und Denken von dem jüdischen Schmutz befreien.

Das Zeitungsverbot beleuchtet den Weg, den das Reich jetzt geht. Wollen wir warten, bis jüdisch-rote Flut auch zu uns kommt, bis unsere Führer am Vaternebel hängen, bis es zu spät ist? Herr Hergt hat in sehr anständiger Form vom internationalen System gesprochen. Warum hat er nicht deutlich von dem jüdischen System gesprochen. Das hätte jeder Deutsche verstanden. Wir wollen jedenfalls, daß das Kind beim Namen genannt wird, und wir müssen alle, ob wir wollen oder nicht, einmal durch das jüdische Lausoleum hindurch. (Beifall.)

Auf Kosten der Steuerzahler. Im „Schweidnitzer Kreisblatt“ Nr. 203 gibt der Kreisrat Dr. Geißler aus Herzberg an der Elbe bekannt, daß er zwecks Teilnahme am Parteitag der Deutsch-nationalen bis zum 4. September beurlaubt sei usw. Dies geschieht im amtlichen Teil, für den der Staat Inzestationsgebühren bezahlen muß. Niemand wird Herrn Dr. Geißler seine Teilnahme am Halentreisfertag verweigern wollen, aber die Unkosten möge er selber tragen.

Versuchte Sabotage.

„Demokraten“ an der Arbeit.

Die Eingriffe staatlicher Behörden in die städtische Selbstverwaltung haben in der letzten Zeit wiederholt unseren schärfsten Protest herausgefordert. Wie bei der Steuererhebung, so haben sich auch in der Schulpolitik die Parteien des Bürgerblocks hinter die staatlichen Behörden gestellt, um hier das zu erreichen, was ihnen innerhalb der Berliner Verwaltung selbst unmöglich war.

Die gestrige Sitzung der Schuldeputation hatte sich mit einem der haarsträubendsten dieser Fälle zu beschäftigen. Im Verfolg eines Magistratsbeschlusses hatte der Oberstadtschulrat von Berlin eine Kundfrage an alle Berliner Schulen gerichtet, durch die das Material für die Einführung einer kollegialen Schulverfassung in Groß-Berlin geschaffen werden sollte. Dieses selbstverständliche Recht der Schulverwaltung, Fragen an die Schulen ihres Amtesbereiches zu stellen, durchkreuzte die Potsdamer Regierung durch einen Erlaß an die städtischen Schulen, in dem es wörtlich heißt: „Wir ersuchen Sie daher, den Lehrkollegien ... eine Befolgung der Anregung des Herrn Stadtschulrat Paulsen in unserem Namen zu unterlassen.“ Das Provinzialschulkollegium hatte für die ihm unterstellten Schulen eine nicht ganz so plumpe Form wählt, die aber faktisch auf dasselbe hinausläuft.

In der gestrigen Sitzung der Schuldeputation standen die Antwortschriften der Deputation an Regierung und Provinzialschulkollegium zur Debatte, die die Rechte der städtischen Selbstverwaltung wahren sollten. Man hätte nun meinen sollen, daß die berufenen Vertreter der Selbstverwaltung hier samt und sonders wie ein Mann die Uebergriffe der Regierung zurückgewiesen hätten. Statt dessen erlebte man das beschämende Schauspiel, daß die bürgerlichen Parteien — wieder unter Vorantritt des Demokraten Herrn Werten — sich hier als Verteidiger der Uebergriffe der Regierung aufstellten. Sie fanden kein einziges Wort für die bedrohte städtische Selbstverwaltung, sie waren einverstanden damit, daß der Berliner Schulverwaltung auch die allergeringsten Rechte und Berechtigungen einfach aus der Hand genommen werden sollen. Von dem Vertreter unserer Fraktion ist diese skandalöse Haltung gerade der demokratischen Fraktion und ihres Wortführers gebührend festgenommen worden. Nur um die ihnen verhaßte freihändlerische Schulverfassung und die ihnen noch verhaßtere Beteiligung der Eltern an der Schularbeit zu hintertreiben, geben die bürgerlichen Parteien fast lachend die allergeringsten Rechte städtischer Selbstverwaltung preis.

Als in der Abstimmung die sozialistischen Parteien in der Mehrheit blieben, verurteilte der Bürgerblock die Abfindung der beiden Schriftstücke an Regierung und Provinzialschulkollegium durch die Forderung einer zweiten Lesung zu sabotieren. Aber auch diesen Gewaltstreich wußte unsere Fraktion zu durchkreuzen, indem auf ihren Antrag beschlossen wurde, die nächste Sitzung der Schuldeputation bereits am Sonntagabend abzuhalten. So ist zu hoffen, daß die beiden Dokumente kommunaler Selbsttötung, in denen die städtische Schulverwaltung ihre Rechte wahr, allen reaktionären und „demokratischen“ Quertreibereien zum Trost bereits heute abgehen können.

Republikanische Schutzpolizei. Ein erhebendes Bekenntnis zur Republik legte die Magdeburger Schutzpolizei ab. Am 7. Uhr morgens verammelten sich die Beamten im großen Saal des Konzerthauses. Polizeipräsident Gen. Krüger hielt eine Ansprache, nach dieser wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Schutzpolizei ihre Treue zur Verfassung und Republik betont und sich gegen alle gefehlwidrigen Gewalttaten wendet. Die Versammlung war von den drei großen Organisationen der Schutzpolizei gemeinschaftlich veranstaltet.

Keine Anhörung Deutschlands?

Genf, 2. September. (W.Z.) Der polnische Delegierte bei der Völkerverversammlung, Professor Askenazy, machte bei dem Vorsitzenden des Völkerbundrats einen Besuch, in dem er den polnischen Standpunkt zur Frage der Teilnahme Polens an den Beratungen über die ober-schlesische Frage darlegte. Er bestritt außerdem seine Auffassung in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Völkerbundrats, das folgenden Wortlaut hat:

„Beseit von heilem Vertrauen in den Völkerbundrat und entsprechend der mündlichen Erklärung, die mir gestern Eure Excellenz gegeben, habe ich die Ehre, im Auftrag meiner Regierung dem Völkerbundrat mitzuteilen: Obgleich die polnische Regierung an dem Recht festhält, das ihr nach § 5 des Artikels 4 des Vertrages zusteht, macht sie gegenwärtig keinen Gebrauch von diesem Recht.“

§ 5 des Artikels 4 besagt: Jedes Mitglied des Bundes wird aufgefordert, einen Delegierten zu entsenden, der an den Sitzungen teilnimmt, wenn eine Frage vor den Rat gebracht wird, die dieses Mitglied besonders angeht.

Damit soll, offenbar auf französischen Wunsch, einer Anhörung der deutschen Vertreter vorgebeugt werden. Polen kann um so leichter auf das ihm zustehende Recht „verzichten“, als es ja in Frankreich einen unbedingten Vertreter seiner Wünsche und Interessen im Völkerbundrat besitzt. Dazu kommt noch der Umstand, daß die polnischen Delegierten im Völkerbundrat jederzeit durch „inoffizielle“ Besuche und Besprechungen in der Kuffe die Möglichkeit besitzen, die Mitglieder des Rates zu bearbeiten und zu beeinflussen, während Deutschland jede Einmischungsmöglichkeit verliert. Der Völkerbundrat hätte u. E. vernünftiger und gerechter gehandelt, wenn er die beiden Parteien aufgefordert hätte, ihm ihre Ansichten vorzutragen. Der Brief Askenazys sieht viel zu sehr nach einer abgekarteten Sache aus, als daß er geeignet wäre, Deutschlands Vertrauen in den Völkerbundrat zu heben. Das nächste Ergebnis dieses Teufelmechels bleibt nämlich für uns: Deutschland wird überhaupt nicht angehört, ohne jedoch die Garantie zu erhalten, daß auch Polen nicht etwa unter der Hand doch angehört wird.

Genf, 2. September. (W.Z.) Auf das (oben abgedruckte) Schreiben Askenazys hat Präsident Jshil mit einem Schreiben geantwortet, in dem er für das dem Rat ausgesprochene Vertrauen dankt und erklärt: Wenn die polnische Regierung später einen Anspruch hinsichtlich des genannten Paragraphe machen sollte, würde ich nicht verfehlen, ihn dem Völkerbundrat zu unterbreiten.

Genf, 2. September. (W.Z.) In Erklärungen an die hiesige Presse betonte Bourgeois-Frankreich nochmals, daß die Ueberweisung der ober-schlesischen Frage an den Biererrat das Desinteressement der Vertreter der Großmächte nicht bedeute, die vielmehr in engem Kontakt mit dem Biererrat bleiben würden. Auch hob Bourgeois hervor, daß die gegebenenfalls anzuhörenden Bewohner Oberschlesiens, polnische und deutsche Persönlichkeiten, aber keine Vertreter der Regierungen sein werden.

In seiner gestrigen Sitzung beschäftigte sich der Völkerbundrat in der Hauptsache mit der durch den von jugoslawischer Seite unterführten Piriditen-Aussfall geschaffenen Lage in Albanien. Die Frage wurde an die Vollversammlung verwiesen.

Ministerrat in Paris.

Paris, 2. September. (W.Z.) Briand unterrichtete heute den Ministerrat über die äußere Lage. Doumer berichtete über die Arbeiten der internationalisierten Finanzkonferenz, die kürzlich in Paris zusammentrat und zu dem Abkommen vom 13. August führte. Die Minister werden heute nachmittag die Bestimmungen dieses Abkommens prüfen.

Paris, 2. September. (W.Z.) Hawas merkte: Im Laufe der zweiten Zusammenkunft des Ministerrates, der heute nachmittag stattfand, hat der Ministerrat die Beschlüsse beraten, die durch die Finanzkonferenz vom 13. August vorgeschlagen worden waren unter dem Vorbehalt des französischen Delegierten, seiner Regierung darüber Bericht zu erstatten. Der Ministerrat war der Ansicht, daß mehrere von diesen Beschlüssen einerseits im Widerspruch ständen mit den Bestimmungen des durch die Anwendung des Versailleser Vertrages aufgestellten Zahlungsstatus, und daß sie andererseits den Befugnissen der Reparationskommission Abbruch täten. Unter diesen Umständen wurde beschlossen, mit den Verbündeten die strittigen Punkte in verständlichem Geiste noch einmal zu erwägen und mit ihnen solche Lösungen zu suchen, die geeignet wären, die Rechte eines jeden im Einklang mit den Bestimmungen des Friedensvertrages und den späteren Abmachungen zu wahren. Die Regierung wird Verhandlungen in diesem Sinne antizipieren.

Minister Loucheur erstattete über die Wiesbadener Verhandlungen Bericht.

Obwohl dieses Kommuniqué auf ein deutliches Abdrücken des Ministerrates vom Finanzminister Doumer schließen läßt, meldet die Presse als Ergebnis dieser Sitzung, daß eine Finanzministerkonferenz vermieden worden ist. Weiter berichtet die Agentur, daß der Ministerrat beschloß, den Kriegsminister Barthou zu beauftragen, die Regierung am 3. Oktober in Weizsäcker bei der Entfaltung des Denkmal für den verstorbenen Führer des Revanchenationalismus Paul Descaudé zu vertreten.

Das französische Defizit.

Paris, 2. September. (W.Z.) Die „Liberté“ teilt mit, bleiben die französischen Steuereinnahmen gegenüber den Ausgaben des Budgets weiter ernsthaft zurück. Das Defizit betrage im August mehr als 3550 000 Frank und sei seit Beginn des Jahres höher als 25 Millionen Frank.

Turati für Koalitionspolitik.

Mailand, 2. September. (W.Z.) Die Mailänder Sektion der Sozialdemokratischen Partei hat mit der Erörterung der politischen Richtlinien für den kommenden Kongreß begonnen. Turati legte in einer zweistündigen Rede die maßgebenden Gründe dar, die eine Mitarbeit der Sozialdemokratie ratsam erscheinen lassen. Nicht persönlicher Ehrgeiz befehle ihn, sondern die Ueberzeugung, daß die Sozialdemokratie dem Wohle der Arbeitermassen durch volle parlamentarische Mitarbeit bei der Wandlung des sozialen Geistes der Nation weit besser dienen werde als durch ihre bisherige unfruchtbare Gegnerschaft.

Abreise! Aus New York wird vom 1. September gemeldet, daß der Ueberdreadnought Washington vom Stapel gelassen wurde. Das Schiff verdrängt 33 500 Tonnen, wird elektrisch betrieben und seine Besatzung beträgt 1411 Offiziere und Mannschaften.

